

# LandtagsNachrichten

Mecklenburg-Vorpommern

## ■ Aktuell

Wadan-Werften in Wismar  
und Rostock/Warnemünde

## ■ Plenum

Zusammenarbeit im  
Ostseeraum  
Beamtenbezüge

## ■ Sondersitzung

Verwaltungsreform

## ■ International

Konferenz des Parlamentsforums  
Südliche Ostsee

## ■ Beteiligung

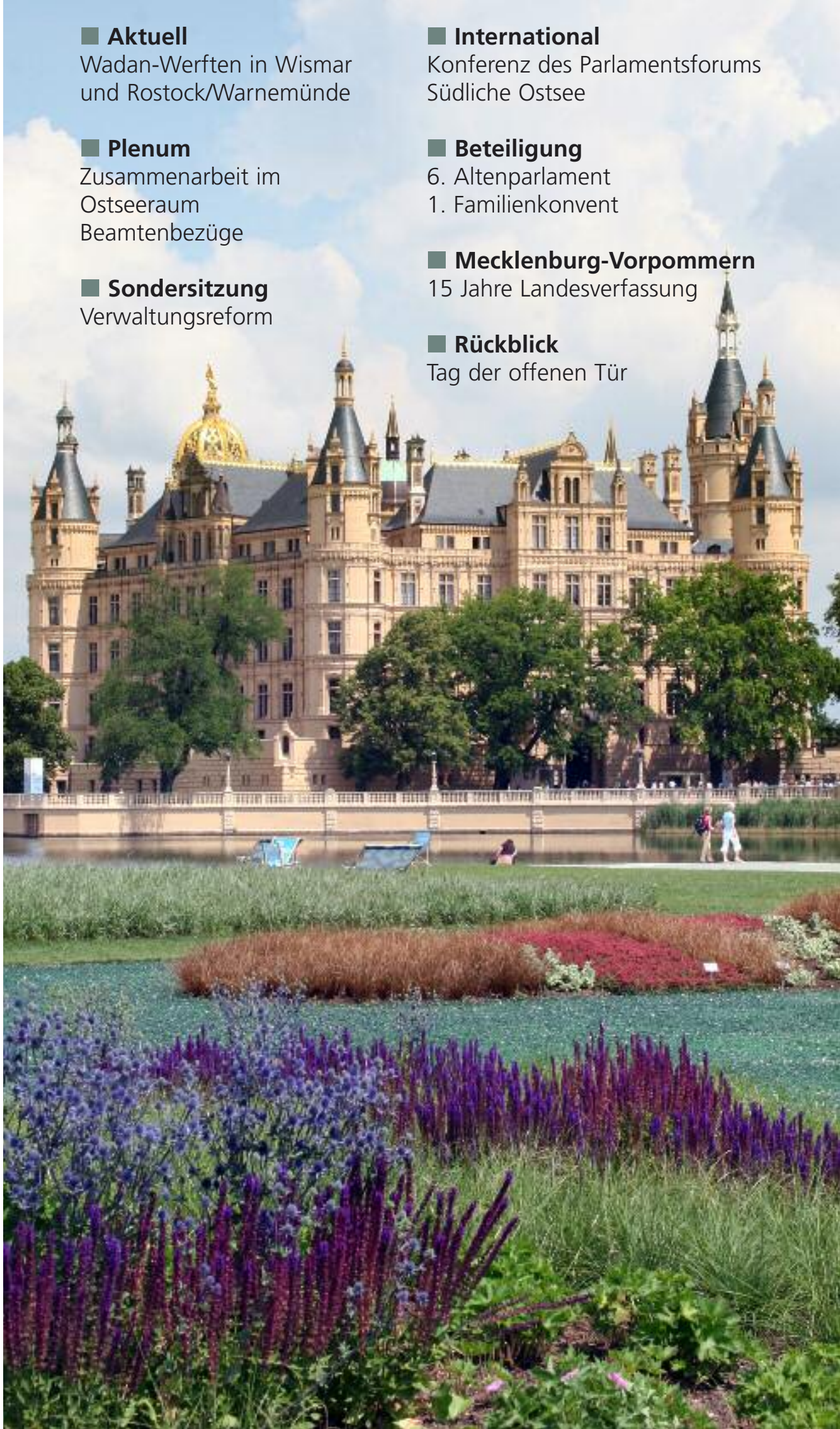
6. Altenparlament  
1. Familienkonvent

## ■ Mecklenburg-Vorpommern

15 Jahre Landesverfassung

## ■ Rückblick

Tag der offenen Tür



2. September  
6 / 2009

UNESCO-Welterbe  
Schweriner Schloss?

Situation der Werften in Wismar  
und Rostock/Warnemünde

Beamtenbezüge  
SAR-Hubschrauber für M-V  
BVG-Bodenprivatisierung  
Krisenfolgen für Landwirtschaft  
mildern  
Leibniz-Forschungsinstitut  
Zusammenarbeit im Ostseeraum /  
Europabericht

Sondersitzung Verwaltungsreform

Europa der Regionen  
7. Konferenz des Parlamentsforums  
„Südliche Ostsee“

6. Altenparlament  
1. Familienkonvent

Podiumsdiskussionen Im Landtag

Tag der Vereine in Anklam

15 Jahre Landesverfassung

Titelbild: (Claudia Richter)

Blick vom BUGA-Garten des  
21. Jahrhunderts zum Schweriner  
Schloss

**Impressum**

Herausgeber:

**Landtag Mecklenburg-Vorpommern**

- Öffentlichkeitsarbeit -  
Schloss, Lennéstraße 1, 19053 Schwerin  
Fon: 0385 / 525-2183, Fax 525-2151  
E-Mail: oeffentlichkeitsarbeit@landtag-mv.de  
Internet: www.landtag-mv.de

**Redaktion:** Referat Öffentlichkeitsarbeit,  
Claudia Richter

**Layout:** Uwe Sinnecker, www.uwe-sinnecker.de

**Druck:** cw Obotritendruck.de  
Gedruckt auf Recyclingpapier

Zugunsten des Leseflusses und aus Platzgrün-  
den haben wir bei der Bezeichnung von Men-  
schengruppen manchmal nur die männliche  
Form verwendet. In solchen Fällen ist die weib-  
liche Form mitgedacht.

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben  
nicht in jedem Fall die Meinung des Heraus-  
gebers wieder. Alle Abbildungen sind urheber-  
rechtlich geschützt. Nachdruck nur mit  
schriftlicher Genehmigung des Herausgebers.

Die LandtagsNachrichten können kostenlos  
bezogen werden. Bestellungen sind an den  
Herausgeber zu richten.

## Noch mal gut gegangen

■ *Das ist ja noch mal gut gegangen, die Werften in Wismar und Warnemünde sind gerettet, aus den Wadan werden die Nordic-Yards, die Pleite ist abgewendet, der Schiffbau geht weiter!*

*Halt: Das klingt nach zu viel froher Bot-  
schaft. Landesregierung, Opposition und  
Gewerkschaften warnen längst vor zu  
großer Euphorie. Jetzt geht es darum,  
dass der neue Investor Jussufow endlich  
die zugesagten Spezialaufträge, zum Bei-  
spiel für Eis brechende Schiffe, an Land  
zieht. In Wismar und Warnemünde soll  
die russische Flotte modernisiert werden –  
wie schon zu DDR-Zeiten. Immer wieder  
ist von der neuen deutsch-russischen stra-  
tegischen Partnerschaft im Schiffbau zu  
hören.*

*Doch Ankündigungen haben die Werftar-  
beiter schon oft gehört, auch der vorheri-  
ge russische Eigner Burlakow hat viel ver-  
sprochen, aber nichts gehalten. Der 40-  
Millionen-Verkauf macht vorerst nur eines  
klar: Jobverlust. Jeder Zweite der 2500  
Schiffbauer muss gehen, etliche schlüp-  
fen noch in der Transfergesellschaft unter,  
die sicherlich länger als die nur vorgesehe-  
nen sechs Monate bestehen wird.*

*Das Krisenmanagement der rot-schwar-  
zen Landesregierung bei Wadan ist un-  
term Strich gut gelaufen. Die SPD-CDU-  
Koalition war deutlich darauf bedacht,  
dass keine Seite die andere in den Ret-  
tungsmaßnahmen öffentlich überholte.  
Ministerpräsident Selling und Wirt-  
schaftsminister Seidel traten gemeinsam  
auf und hielten dem Insolvenzverwalter  
Odebrecht wenigstens an dieser Front  
den Rücken frei – der war Herr des Ver-  
fahrens. Auch die Opposition und die Ge-  
werkschaften verhielten sich klug, die  
Versuche, politisch Kapital aus der Werf-  
ten-Krise zu schlagen, hielten sich in  
Grenzen. Nicht umsonst sprach Ode-  
brecht – sicher etwas sehr bescheiden –  
von einer Gemeinschaftsleistung.*

*Allerdings hat jeder gesehen, wie hilflos  
Politik agierte. Am Ende blieb bei der In-  
vestoren-Entscheidung nur die Wahl: Friss  
oder stirb. Der Kaufpreis von 40 Millionen  
erscheint als ein Schnäppchen, reicht aber  
aus, um die offene 14-Millionen-Forde-  
rung des Landes zu begleichen. Und der  
Landtag? Der hatte wie immer in solchen  
Situationen eine Zuschauer-Rolle, wurde*



Foto: Archiv

Stefan Ludmann (41) ist Landespolitischer  
Korrespondent des NDR im Landesfunkhaus  
Schwerin.

*informiert und eingebunden. Solche  
Stunden sind Stunden der Exekutive,  
nicht der Legislative.*

*Aber am Ende setzt sich das fort, was  
1990 angefangen hat: Die Werften verlie-  
ren im Land weiter industriepolitisches  
Gewicht; immer weniger Arbeiter bedeu-  
ten auch: Die Schiffbaubetriebe könnten  
bald ganz normale Unternehmen werden  
und auch in den Augen der Politik ihren  
Sonder-Status einbüßen.*

*Wer von der Landesregierung vorher er-  
wartet, in der Krise den harten Schnitt zu  
setzen, die Werften aufzugeben und ei-  
nen oft beschworenen Strukturwandel  
einzuleiten, der fordert zu viel. Gerade vor  
anstehenden Wahlen will keiner dauer-  
demonstrierende Werftarbeiter vor dem  
Landtag.*

*„Schiffe sind unsere Autos“, sagt der Mi-  
nisterpräsident. Da hat er Recht. Noch.  
Allein auf die Schiffbau-Branche zu set-  
zen, könnte schon in einigen Jahren nicht  
mehr ausreichen. Dann haben andere  
Länder die modernen Werften im Land  
vielleicht überholt. Die Landesregierung  
sollte mutiger sein und Pläne, die in der  
Schublade liegen, beherzt aufgreifen. Im-  
mer wieder war in den vergangenen Wo-  
chen hinter vorgehaltener Hand zu hören:  
Warum sollen wir das mühsam erarbei-  
tete Steuergeld des Kfz-Mechanikers und  
der Aldi-Kassiererin dafür verwenden,  
teure und üppig bezahlte Werften-Jobs  
zu stützen? Das sollte nicht zynisch klin-  
gen, das war ernst gemeint.*

*Standorte wie Malmö in Schweden ma-  
chen es vor. Auf dem alten Gelände der  
Werft entstanden Freizeit-Anlagen, Woh-  
nungen, kleinere Firmen und eine Hoch-  
schule. Nur weil Mecklenburg-Vorpom-  
mern eine lange Küste hat, muss es hier  
nicht vier mittelgroße Werftstandorte ge-  
ben. Eines steht schon jetzt fest: Die  
Werften-Krise ist zu Ende, die nächste  
kommt bestimmt.*

**Stefan Ludmann**

# Experten sehen Schloss als Welterbe

## 11. Schlossgespräch zur Bewerbung um Aufnahme in UNESCO-Liste

■ „Das Schweriner Schlossareal auf der Welterbeliste – Illusion oder Perspektive?“ Die Frage – Thema des 11. Schlossgesprächs des Landtages am 15. Juli – war wohl eher rhetorisch gemeint. Denn die Experten, die Landtagspräsidentin Sylvia Bretschneider dazu in den Thronsaal eingeladen hatte, waren sich bei der Beantwortung rasch einig. Das Schloss gehört als schützenswertes Kulturgut auf die UNESCO-Liste, so der Tenor der Diskussion. Und es hat auch eine reale Chance, aufgenommen zu werden, wie die Fachleute betonten. 33 Denkmäler aus Deutschland sind Sylvia Bretschneider zufolge bereits auf der Liste mit den wichtigsten Kulturerbestätten der Welt verzeichnet.



Rund 80 interessierte Gäste verfolgten das Schlossgespräch des Landtages zum Thema „Das Schweriner Schlossareal auf der Welterbeliste – Illusion oder Perspektive?“

Ein Kriterium für die Aufnahme sei deren „weltweit einzigartige Bedeutung“, erklärte **Professor Dr. Michael Petzet**. Der international renommierte Denkmalschützer aus Bayern war bis 2008 Vorsitzender von ICOMOS, dem Internationalen Rat für Denkmalpflege. Der 76-Jährige hat jahrelang als Gutachter und Berater für das Welterbe-Komitee in Paris gearbeitet. Die Vorschläge von ICOMOS seien – nach strenger Vorauswahl – fast ausnahmslos angenommen worden, versichert er. Dem gehe zumeist ein langwieriger Prozess in den Heimatländern voraus. Die deutsche Liste ist nach Angaben aus dem Kultusministerium von Mecklenburg-Vorpommern bis 2016/17 geschlossen. „Nirgends steht, wie groß die Liste sein soll“, gab Prof. Petzet zu bedenken. „Eigentlich ist es eine politische Entscheidung, wer dort aufgenommen wird.“ Für ihn erfülle das Schloss als herausragendes Zeugnis des Historismus alle Voraussetzungen für eine erfolgreiche Bewerbung

– zumal es sich harmonisch einfüge in ein Ensemble aus klassizistischen Bauten, historischen Gärten und einer einzigartigen Natur. „Ich war sehr beeindruckt“, sagte er. **Giulio Marano** von ICOMOS Deutschland wies darauf hin, dass eine Aufnahme in die Welterbeliste auch eine Verpflichtung sei, in das Kulturgut zu investieren, um es für künftige Generationen zu bewahren. „Ich hoffe, der Antrag für das Schloss wird angenommen“, betonte er. Vor allem im „Historismus“ liege ein „außergewöhnlicher universeller Wert“, hoben beide Experten hervor. Beispiele dieser vorrangig im 19. Jahrhundert verbreiteten Architektur, die auf vergangene Kunstformen zurückgreift, seien im Moment nur minimal auf der Welterbeliste vertreten. Das ändere sich jedoch allmählich, mahnte Prof. Petzet Flexibilität bei der Kultusministerkonferenz an, die verantwortlich ist für die Vorschläge auf der nationalen Liste. „Es ist kaum davon auszugehen, dass ein



Fotos: Claudia Richter

Für Professor Dr. Michael Petzet, bis 2008 Vorsitzender von ICOMOS, erfüllt das Schweriner Schloss als herausragendes Zeugnis des Historismus alle Voraussetzungen für eine erfolgreiche Welterbe-Bewerbung.

anderes Bundesland seinen Vorschlag zurückzieht“, hielt ihm **Henry Tesch**, Bildungsminister im Land und zurzeit Vorsitzender der Kultusministerkonferenz, entgegen. Eine Bewerbung mit einem internationalen Partner hält das Ministerium eigenem Bekunden nach für aussichtsreicher.

Landtagsvizepräsident **Andreas Bluhm** verwies darauf, dass der Landtag und die Stadt Schwerin bereits im Herbst 2007 beschlossen hätten, das Schloss und die dazugehörigen Gärten auf die Welterbeliste zu bringen. Da saßen alle in einem Boot. „Es ist nur die Frage, welches Boot wir nehmen – einen Ruder Kahn oder ein Motorboot?“ Ihm kommt die Bewerbung nicht schnell genug voran. Das Ministerium müsse seinen Beitrag dazu leisten, forderte er.

Die Schweriner Oberbürgermeisterin **Angelika Gramkow**, die ihre Stadt zur „Kulturhauptstadt des Nordens“ entwickeln will, befürwortet die Bewerbung ohne Wenn und Aber.

Ihre Amtskollegin **Dr. Rosemarie Wilcken** pflichtet ihr bei. Die Bürgermeisterin von Wismar kann bestätigen, dass sich der Ritterschlag durch die UNESCO auch positiv auf den Tourismus auswirkt. Die historischen Hansestädte Wismar und Stralsund, beide gemeinsam 2002 aufgenommen, sind bislang die einzigen Welterbestätten in Mecklenburg-Vorpommern. Der Weg dorthin sei „steinig und nicht ganz billig“ gewesen. Aber der Einsatz habe sich gelohnt, so die Bürgermeisterin.

„Der Kurs ist klar“, fasste Landtagspräsidentin **Sylvia Bretschneider** zusammen und versprach: „Wir werden das Schnellboot nehmen.“

[www.unesco-welterbe.de](http://www.unesco-welterbe.de)

# Zukunft für Schiffbau sichern

**Krise der Wadan-Werften war Thema der Aktuellen Stunde**

■ Die Zukunft der Werften in Wismar und Rostock beschäftigte die Parlamentarier in der Aktuellen Stunde am 17. Juni im Landtag. Die CDU-Fraktion hatte das Thema beantragt, nachdem am 5. Juni ein vorläufiges Insolvenzverfahren für die Schiffbaubetriebe eingeleitet worden war.

Für CDU-Fraktionschef **Harry Glawe** ist der Tag, an dem die Wadan-Werften Insolvenz anmeldeten, „ein schwarzer Tag für die Werften, für die Beschäftigten, für die Familien und die Zulieferer, all derer, die mit den Werften verbunden sind“. Doch müsse eine Insolvenz nicht zwangsläufig das Ende des Unternehmens bedeuten. Der Insolvenzverwalter werde die Investorensuche vorantreiben. Es gehe schließlich um 2500 Arbeitsplätze direkt auf den Werften und um rund 7000, wenn die Zulieferindustrie mitgezählt wird. „Hier sollten wir unsere ganze Kraft einsetzen, um die Dinge auf den Weg zu bringen“, sagte er. Jetzt schon von Aufgangsgesellschaften zu reden, wie es die Linksfraktion fordere, sei zu früh. Wichtiger sei es, für Aufträge zu sorgen. „Die Landesregierung und die Abgeordneten werden alles unternehmen, die Rahmenbedingungen so zu gestalten, dass auch den Zulieferern geholfen wird“, versprach er.

Ministerpräsident **Erwin Sellering** warnte vor einem Aus für den Schiffbau in Mecklenburg-Vorpommern. „Wenn diese Industrie die Krise nicht überlebt, dann kommt sie nicht wieder“, betonte er. Es gehe darum, ob Deutschland eine Schiffbaunation bleibe oder ob Schiffe nur noch

in Südkorea und anderen asiatischen Ländern gebaut werden. Er verglich die Bedeutung der Werften mit der Autoindustrie. „Man kann sagen, die Schiffe sind unsere Autos“, sagte Sellering. Mecklenburg-Vorpommern sei ein Schiffbauland mit Tradition. Nach der Insolvenz der Wadan-Werften in Wismar und Warnemünde sei es darum unabdingbar, einen neuen Investor mit einem tragfähigen Konzept zu finden. Niemand habe Einfluss darauf nehmen können, dass ein norwegischer Konzern seine Werften an russische und koreanische Eigner verkauft. Diese hätten die Werften im Stich gelassen. „Wir werden alles tun, dass die Werften eine Chance auf einen Neubeginn bekommen“, sagte er.

**Helmut Holter** (DIE LINKE) erneuerte im Landtag den Vorschlag zur Gründung einer Beschäftigungsgesellschaft. Dies sei aber nur eine Option. Er rief die Landesregierung zum Handeln auf: „Meine Kritik besteht darin, dass Sie in der Krise zu zögerlich handeln, dass Sie auf die Situation nicht vorbereitet sind“, sagte der Fraktionschef. „Wir sind überzeugt, dass der Schiffbau mit allen seinen Facetten eine Zukunft hat. Er ist und bleibt eine unserer Schlüsselindustrien“, betonte er. Deshalb müsse ein neuer Investor gefunden wer-

den, der Aufträge und Eigenkapital habe. Dies sei die Hauptoption. Die Beschäftigten in die Arbeitslosigkeit zu schicken, sei der falsche Weg. Dies träfe nicht nur die Betroffenen und ihre Familien hart, sondern wäre auch mit erheblichen gesellschaftlichen Folgekosten verbunden. Er forderte den Ministerpräsidenten auf, den Fortbestand der maritimen Industrie „endlich zur Chefsache“ zu machen.

Der SPD-Wirtschaftspolitiker **Jochen Schulte** stellte fest: „Es gibt keinen wirklichen Dissens.“ Die Beschäftigten von Wadan bräuchten eine Perspektive. „Aber ohne Investor geht nichts“, hob er hervor. „Wir werden nicht alle Zulieferbetriebe, und das sage ich hier ganz deutlich, auch wenn der eine oder andere in diesem Raum diese Wahrheit nicht hören will, wir werden auch nicht alle Zulieferbetriebe in diesem Land retten können.“ Bei einem Investor, der auch Aufträge mitbringt, könnten die Werftenstandorte weiterentwickelt werden. Es sei vorrangig die Aufgabe des Insolvenzverwalters, mit Investoren zu verhandeln, Konzepte zu entwickeln und mit Banken zu sprechen. Aber das Land müsse im Rahmen seiner finanziellen Möglichkeiten den Vorgang begleiten. Die einheimische Zulieferindustrie sei ohne den industriellen Kern der Werften nicht lebensfähig. Wenn den Werften also geholfen werde, könne die gesamte Industrie am Leben bleiben.



Harry Glawe (CDU)



Ministerpräsident Erwin Sellering



Helmut Holter (DIE LINKE)

Fotos: Uwe Bielewski

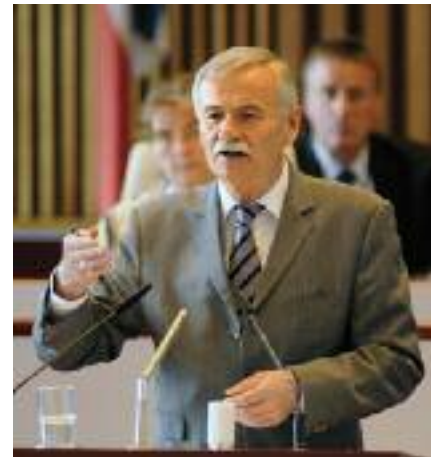
„Ohne Werften gibt es keine Zulieferer, aber ohne Zulieferer gibt es auch keine Werften“, sagte **Michael Roolf**, FDP-Fraktionschef. Er wandte sich dagegen, die Diskussion auf die Werftenkrise zu beschränken. Die Opposition müsse alle möglichen Fragen aufwerfen dürfen. „Wenn wir die Dinge aussprechen, dann sind wir die Totengräber Mecklenburg-Vorpommerns“, beklagte der Liberalen-Chef. Den Kopf in den Sand zu stecken, helfe aber niemandem. Die Mitarbeiter in Zulieferbetrieben und Werften hätten einen Anspruch darauf, Klarheit zu haben und die Wahrheit über die derzeitige Lage zu erfahren. Die Situation sei ernst, das dürfe nicht beschönigt werden. Wenn eine Landesregierung nicht helfen kann, müsse sie das eben auch so deutlich sagen. Die Liberalen seien bereit, Brücken zu bauen und Gesprächsebenen zu öffnen.

Wirtschaftsminister **Jürgen Seidel** machte die Bedeutung der maritimen Industrie in Zahlen deutlich. 360 Unternehmen seien in dem Bereich im Land tätig, 260 von ihnen seien Zulieferer. Es gebe 80 Schiff-, Boots- und Yachtbauer, darunter vier Werften. Seit knapp einem Jahr arbeite ein Projektteam in seinem Ministerium an der Frage, wie diese Schlüsselindustrie stabilisiert werden könne. Die Werften seien nicht „verscherbelt“, sondern für den in der Branche bestaunten Preis von 248,9 Millionen Euro verkauft worden. Es sei zu Recht auf den russischen Markt gesetzt worden, erklärte Seidel. Es gebe dort riesengroße Potenziale. 700 Schiffe seien älter als 30 oder 40 Jahre und müssten nach Expertenansicht ersetzt werden. Auf den Wadan-Werften gehe es jetzt um eine Fortsetzung des Betriebs. Der Insolvenzverwalter bemühe sich derzeit um die

Bildung eines Akquiseteams, das neue Aufträge beschaffen soll. Um den Zulieferern zu helfen, habe die Landesregierung den Bürgschaftsrahmen erweitert und Zinsen für Kredite abgesenkt. Der Minister warnte die Opposition vor Populismus. Seit der Übernahme der Aker-Yard-Werften „durch den übel beleumundeten russischen Oligarchen Burlakow“ habe seine Fraktion als einzige im Landtag auf das Risiko „dieses Deals“ hingewiesen, sagte NPD-Fraktionschef **Udo Pastörs**. Er sprach von einer „Demaskierung“ der „wirtschaftspolitischen Konzeption“ des Wirtschaftsministers. Die Landesregierung habe „mit Leuten zusammengearbeitet, deren Geschäftsgebaren mit Fug und Recht als mafiös bezeichnet werden kann“, sagte er. Bereits vor gut sechs Monaten sei zu erkennen gewesen, dass „Wadan gegen die Wand gefahren“ werde und „dass auf dem Rücken der kleinen Leute in M-V einige wenige Große Kasse gemacht haben, dass das Wirtschaftsministerium bis heute gute Miene zum kriminellen Spiel der Russenmafia macht“, sagte er.

**Wolfgang Waldmüller** (CDU) warf der Opposition vor, die Regierung mit ihren Schuldzuweisungen zu diffamieren und „Fehler zu konstruieren, die nicht da sind“. „Natürlich – wenn man nicht in der Regierungsverantwortung ist, kann man das tun“, sagte er. Dabei werde alles getan, was hier in dieser Situation in diesem Moment notwendig sei. So gebe es bereits Darlehensprogramme und Bürgschaften. Der FDP warf Waldmüller vor, von ihrer eigenen Forderung des freien Marktes abzurücken und eine Art „Generalquittung“ der Landesregierung für die Zulieferindustrie zu fordern. Ein Konzept sei dies nicht, nur „politische Profilie-

rung“. Die Forderungen der Linksfraktion kritisierte er mit den Worten: „Die Zeiten der früheren Staatswirtschaft sind vorbei.“ Egal wie die Unterstützung der Werften durch die Bundes- beziehungsweise Landesregierung aussehen werde, sie werde zum überwiegenden Teil durch Steuermittel finanziert. „Vor diesem Hintergrund ist es meines Erachtens unsere Pflicht, mit Augenmaß zu regieren“, so Waldmüller.



Wirtschaftsminister Jürgen Seidel



Udo Pastörs (NPD)



Jochen Schulte (SPD)



Michael Roolf (FDP)



Wolfgang Waldmüller (CDU)

Fotos: Uwe Baleski

# Gehälter von Landesbeamten steigen

**Kontroverse Debatte um die damit verbundene Diäten-Erhöhung**

■ Der Tarifabschluss für die Angestellten im öffentlichen Dienst von diesem Frühjahr soll nun auch auf die Beamten und Richter des Landes übertragen werden. Das Parlament beschloss am 16. Juni nach teilweise heftiger Debatte mit den Stimmen von SPD, CDU und FDP ein entsprechendes Gesetz, durch das die Beamtenbezüge ab 1. März 2009 um 3 Prozent steigen. Eine weitere Anhebung um 1,2 Prozent soll ab März 2010 erfolgen. Auch die Bezüge der Staatssekretäre und Minister steigen entsprechend. Da die Diäten der Abgeordneten an die Richtergehälter gekoppelt sind, wirkt sich die Besoldungserhöhung auch auf die Abgeordnetenbezüge aus. Die Redner von Regierungsfractionen und Opposition begrüßten einhellig die Erhöhungen für die rund 20.000 Beamten im Land. Über die damit verbundene Diätenanpassung der Parlamentarier gab es dagegen erneut eine kontroverse Diskussion. DIE LINKE enthielt sich bei der Abstimmung, ebenso ein Mitglied der SPD-Fraktion. Die rechtsextreme NPD votierte gegen das Gesetz.

Die Angleichung für die Beamten und Richter sei angemessen, sagte die Vorsitzende des Finanzausschusses, **Birgit Schwes**. Bei stagnierenden Einkünften in den vergangenen Jahren sei deren Arbeitspensum kontinuierlich gestiegen, betonte die Abgeordnete der Linken. Sie sprach sich aber vehement gegen die Erhöhung der Amtsbezüge von Ministern und Staatssekretären aus. „Und wir finden es auch nicht angemessen, dass die Entschädigungen der Abgeordneten in der jetzigen prekären gesamtgesellschaftlichen Situation steigen werden“, betonte sie. „Eine Nullrunde würde dem Geist der Zeit entsprechen.“ Die Mitglieder ihrer Fraktion wollen ihre Erhöhung für soziale und kulturelle Projekte spenden. Der SPD-Finanzpolitiker **Rudolf Borchert** verteidigte dagegen die Ankopplung der Abgeordneten-Diäten an die Richterbezüge. Es wäre seinen Worten nach inkonsequent und unlogisch, die Einkommensentwicklung der Abgeordneten wieder von der für die Richter zu trennen. Die Einigung von 2006 sei damals auch vom Bund der Steuerzahler begrüßt worden, sagte er. Dieser habe sich jetzt ebenfalls gegen eine Nullrunde ausgesprochen. Die Verbesserung der Richter- und Beamtenbezüge sah Borchert durchweg positiv. Das würde sich auch hilfreich auf die Stärkung der Kaufkraft und die Binnennachfrage auswirken.

Der CDU-Abgeordnete **Marc Reinhardt** warf der Linken Populismus vor. Nach der Landtagswahl von 2006 sei im Konsens beschlossen worden, die Entwicklung bei den Abgeordnetenbezügen an die Richtergehälter zu koppeln. Dies wurde von Rednern der Linken und der FDP auch nicht in Frage gestellt. Die Regelung sei transparent, hieß es.

**Sigrun Reese** (FDP) erläuterte, die Liberalen wollen erreichen, dass die 71 Abgeordneten künftig selbst für ihre Rente vorsorgen, wie es etwa im Landtag Nordrhein-Westfalen üblich sei. Sie begründete auch einen Änderungsantrag ihrer Fraktion, den Sockelbetrag bei den Dienstbezügen auf 40 Euro zu verdoppeln. Bei einer abgesenkten Erhöhung seien Prozesse zu erwarten.

Der Änderungsbetrag wurde abgelehnt. **Stefan Köster** (NPD) kündigte an, dass seine Fraktion gegen das Gesetz stimmen werde. Schon die Kopplung der Bezüge sei gegen die NPD beschlossen worden. Er sprach sich dafür aus, dass alle Abgeordneten in die Rentenkasse zahlen sollten.

*Gesetzentwurf der SPD und CDU:  
Ds.5/5252*

*Beschlussempfehlung des Finanzausschusses:  
Ds.5/2639*

*Änderungsantrag der FDP:  
Ds.5/2645*

## Entschädigung der Abgeordneten („Diäten“)

„Die Abgeordneten haben Anspruch auf eine angemessene, ihre Unabhängigkeit sichernde Entschädigung.“

So steht es in der Landesverfassung (Art. 22 Absatz 3 Satz 1).

Dabei muss der Betrag der Entschädigung der Bedeutung des besonderen Amtes des Abgeordneten und der damit verbundenen Verantwortung und Belastung gerecht werden. Außerdem muss er auch den Rang berücksichtigen, der dem Mandat im Verfassungsgefüge zuteil wird. Darauf hat das Bundesverfassungsgericht seit seinem „Diäten-Urteil“ vom 5. November 1975 wiederholt hingewiesen.

2006 hatte der Landtag beschlossen, die Anpassung der Diäten an die Besoldung von Richtern zu koppeln. Die Grundentschädigung eines Abgeordneten entspricht der monatlichen Besoldung für einen verheirateten Vorsitzenden Richter am Landgericht im Alter von 40 Jahren mit zwei Kindern (§ 6 Abgeordnetengesetz M-V).

Die jetzige Anpassung der Beamten- und Richterbesoldung setzt den zwischen Gewerkschaften und Arbeitgebern ausgehandelten Tarifabschluss für Arbeitnehmer im öffentlichen Dienst entsprechend für Beamte und Richter um. Die daraus resultierende Anpassung der Abgeordnetenentschädigung erfolgt (ohne Einmalzahlungen) zeitversetzt zum 1. Januar 2010.

Unabhängig davon tritt am 31. Dezember 2009 die zweite Besoldungsübergangsverordnung des Bundes außer Kraft. Dadurch wird ab 1. Januar 2010 die bisherige „Ostbesoldung“ der Beamten und Richter in Höhe von 92,5 Prozent der Westbesoldung auf 100 Prozent angeglichen. Da sich die Abgeordnetenentschädigung an der Ostbesoldung orientiert, erhöhen sich die Abgeordneten-Diäten auch durch die 100-Prozent-Angleichung der Besoldung und werden von 4.594,13 Euro auf voraussichtlich 5.137,90 Euro brutto steigen.

Was viele nicht wissen: Die Parlamentarier müssen ihre Abgeordneten-Bezüge versteuern und Krankheitskosten / Krankenversicherung daraus bestreiten.

# Rettungs- hubschrauber

**FDP-Antrag zur Stationierung  
in M-V abgelehnt**

■ Die FDP-Fraktion hat sich am 18. Juni im Landtag für die Stationierung eines leistungsstarken Rettungshubschraubers der Marine im Land eingesetzt. Derzeit sei eine flächendeckende Seenotrettung nicht gewährleistet, begründete Gino Leonhard den Antrag seiner Fraktion. Der FDP-Antrag wurde nach der Debatte mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen und der Linken in allen drei Punkten abgelehnt.

Die Landesregierung solle sich auf Bundesebene dafür einsetzen, dass am Standort Hohe Düne bei Warnemünde ganzjährig ein sogenannter SAR-Hubschrauber stationiert werde, forderte der innenpolitische Sprecher der FDP, Gino Leonhard, in der Debatte. Dieser Spezialhelikopter für Such- und Rettungseinsätze (SAR – engl.: Search and Rescue) ist seinen Worten nach leistungsfähiger als der Ret-

tungshubschrauber, der gegenwärtig in Greifswald stationiert ist. Diesem fehlten beispielsweise Rettungswinde und Wetterradar, begründete der Abgeordnete. Zudem könne er im Unterschied zu SAR-Hubschraubern nur in Ufernähe eingesetzt werden und bei starken Winden überhaupt nicht fliegen.

Für die Seenotrettung ist Innenminister Lorenz Caffier zufolge der Bund zuständig. Er habe bereits das Verteidigungsministerium gebeten, wieder einen SAR-Hubschrauber auf der Ostsee in Rostock-Warnemünde oder am Flughafen Laage zu stationieren. Erst vor zwei Jahren sei ein solcher Helikopter aus Warnemünde abgezogen worden. In Notfällen müssen die Retter jetzt einen SAR-Hubschrauber aus Kiel anfordern. Die Landesregierung handle also bereits. Der FDP warf er vor, mit einer öffentlichen Diskussion Urlauber und Einwohner zu verunsichern.

Der Antrag wäre besser im Innenausschuss als im Plenum aufgehoben gewesen, bemängelte auch der Vorsitzende des Innenausschusses und sicherheitspolitische Sprecher der SPD-Fraktion, Dr. Gottfried Timm. Die Bundeswehr erfülle derzeit Aufgaben im Ausland wie etwa in Afghanistan. Somit fehle ihre Technik auch in Mecklenburg-Vorpommern.

Eine Erörterung im Innenausschuss wäre auch nach Ansicht von Peter Ritter, innenpolitischer Sprecher der Linksfraktion, der bessere Weg gewesen. „Das wäre zwar nicht medienträchtig, aber doch zielführender gewesen“, sagte er. Deshalb lehne seine Fraktion den Antrag ab.

Nach Ansicht von Vincent Kokert (CDU) ist es unumstritten zwischen den Fraktionen, dass ein ganzjährig stationierter Rettungshubschrauber nötig sei für das Land. Obwohl man für die Ostsee nie hundertprozentige Sicherheit erreichen könne. Es mache keinen Sinn, die Landesregierung vor sich herzutreiben. Seine Fraktion lehne den Antrag ebenfalls ab.

Der NPD-Vorsitzende Udo Pastörs warf der FDP Profilierungssucht vor. Die pauschale Aussage, die Seenotrettung sei nicht flächendeckend gewährleistet, stimme so nicht. Dennoch müsse den Menschen ein Maximum an Sicherheit garantiert werden. Seine Fraktion stimme in zwei Punkten dem Antrag zu.

*Das Innenministerium teilte am 25. Juni mit, dass das Verteidigungsministerium die dauerhafte Stationierung eines SAR-Hubschraubers in Rostock Hohe Düne ab Herbst 2010 in Aussicht stellte.*



Foto: Jens Büttner

# Boden- privatisierung

**Land soll sich beim Bund für Verkaufsstopp einsetzen**

■ Die Privatisierung von ehemals volkseigenen Landwirtschaftsflächen in Ostdeutschland soll nach dem Willen des Landtags von Mecklenburg-Vorpommern ausgesetzt werden.

Die bundeseigene Bodenverwertungs- und -verwaltungs GmbH (BVVG) schwäche mit ihrer Hochpreispolitik die Landwirte, kritisierte **Ute Schildt** (SPD), die einen entsprechenden Koalitionsantrag am 17. Juni in den Landtag einbrachte. „Wir fordern von der Landesregierung, sich gegenüber der Bundesregierung für einen zeitlich befristeten Verkaufsstopp für landwirtschaftliche Flächen einzusetzen“, sagte die agrarpolitische Sprecherin ihrer Fraktion. Nur so könne die momentane überhitzte Situation auf dem Markt wieder beruhigt werden. „Mir ist wichtig, dass hiesige Landwirte beim Flächenerwerb wieder mit realistischen Preisen zum Zuge kommen können. Unsere Bauern haben derzeit genügend andere Sorgen und müssen sich darauf konzentrieren, das Überleben ihrer Betriebe in der Krise zu sichern“, betonte sie. Der Preiskampf auf dem Bodenmarkt entziehe ihnen anderswo dringend benötigte liquide Mittel.

Der Bund betreibe eine „aggressive Verkaufspolitik“ zu Lasten der Landwirte, sagte Agrarminister **Dr. Till Backhaus**. Die „Preistreiberi“ der BVVG entziehe den Bauern Liquidität, auf die sie gerade in der Krise angewiesen seien. Das Land soll sich nun zusammen mit anderen ostdeutschen Ländern beim Bund für einen Verkaufsstopp bis 2012 einsetzen. Die Bodenpreise seien im vergangenen Jahr um mehr als 18 Prozent gestiegen, erklärte Backhaus. Für kleine Landwirte sei dies nicht mehr bezahlbar. Schuld an der enormen Preissteigerung sei die Verkaufspolitik der BVVG, die ausschließlich nach Höchstgebot gehe. Der Durchschnittspreis für einen Hektar bei BVVG-Verkäufen habe bei fast 7500 Euro gelegen. Bei den Verkäufen außerhalb des BVVG-Geschäfts habe der Hektarpreis nur rund 4500 Euro betragen. Backhaus plädierte



Foto: Jens Büttner

für eine langfristige Verpachtung anstelle des Verkaufs.

**Prof. Dr. Fritz Tack**, Agrarexperte der Fraktion DIE LINKE, verwies auf einen ähnlichen Antrag, den seine Fraktion bereits im März in den Landtag eingebracht habe (LandtagsNachrichten 3/2009 berichten). Der sei aber realistischer gewesen als der nun vorliegende Antrag der Koalitionsfraktionen. „Mit dem heute vorliegenden Antragsinhalt hätte man uns als Opposition, höflich gesagt, nach unserem ‚geistigen Wohlbefinden‘ gefragt“, sagte er. Seine Fraktion stimmt aber mit der Forderung überein, dass die BVVG die aggressive Verkaufspolitik einstellen müsse. Aus dem Antrag ergeben sich seiner Meinung nach weitere Fragen – zum Beispiel, wie die Privatisierungspolitik des Bundes nach 2012 aussehen solle. Er forderte die Koalitionsfraktionen auf, sich „unseren weitreichenden Vorschlägen“ anzuschließen und zu gemeinsamen Schlussfolgerungen zu kommen.

Die CDU-Agrarexpertin **Beate Schlupp** forderte, die BVVG müsse mehr auf die strukturelle Entwicklung des ländlichen Raumes Rücksicht nehmen. Dies sei auch zwischen Bund und Ländern so vereinbart. „Nicht nur die Gewinnmaximierung darf im Mittelpunkt stehen“, betonte sie. Es gehe vor allem um die Sicherung von Arbeitsplätzen, die im ländlichen Raum ohnehin rar seien.

**Raimund Borrmann** (NPD) forderte unter anderem, keinen „Quadratmeter deutschen Bodens“ für Spekulanten und Vorzugpreise für ökologischen Landbau.

Für die FDP, die als einzige Fraktion gegen den Antrag stimmte, erklärte die Abgeordnete **Sigrun Reese**, der Antrag der Koalitionsparteien sei inkonsequent. Was nach Ende des Moratoriums passieren solle, bleibe unklar. Das System der Preisfindung müsse überarbeitet werden.

## Drei Milliarden Euro Überschuss

Die BVVG Bodenverwertungs- und -verwaltungs GmbH hat seit 1992 den Auftrag, die ehemals volkseigenen land- und forstwirtschaftlichen Flächen in den neuen Bundesländern zu privatisieren. Bisher hat sie über eine Million Hektar Flächen verkauft. Der an den Bund abgeführte Überschuss beträgt rund 3,5 Milliarden Euro. Im vergangenen Jahr hat die Gesellschaft nach eigenen Angaben einen Überschuss von 366 Millionen Euro und damit das beste Resultat in der Firmengeschichte erzielt.





Foto: Jens Büttner

### Milcherzeugung in M-V

Die Milchbauern in Mecklenburg-Vorpommern erzeugten im Kalenderjahr 2008 insgesamt 1,433 Millionen Tonnen Milch, das waren 1,7 Prozent mehr als 2007. An den Verkaufserlösen der Landwirtschaft hat die Milch einen Anteil von fast 28 Prozent. Im Land halten rund 850 Betriebe Milchkühe (von 5.432 Landwirtschaftsbetrieben im Jahr 2007 insgesamt).

Quelle: Statistisches Landesamt M-V

## Sozialprogramm für Bauern

**Linksfraktion-Antrag fand keine Mehrheit**

■ **Der Landtag Mecklenburg-Vorpommern hat auf seiner Sitzung am 18. Juni trotz der Krise in der Landwirtschaft ein weiteres sozialpolitisches Agrarprogramm abgelehnt. Ein entsprechender Antrag der Linksfraktion fand keine Mehrheit.**

„Die Finanz- und Wirtschaftskrise hat die Landwirtschaft hart getroffen, und die Betriebe sind wegen rapide sinkender Erlöse und mangelndem Absatz zum Teil in ihrer Existenz bedroht, wobei die größten Belastungen noch bevorstehen“, begründete **Prof. Dr. Fritz Tack**, agrarpolitischer Sprecher der Linken. Die Linksfraktion wolle mit dem Antrag den Milchbauern, die während des EU-Gipfels in Brüssel für höhere Milchpreise demonstrierten, den Rücken stärken. Mit einem Milchpreis von 19 Cent könne keine nachhaltige Landwirtschaft funktionieren, sagte der Abgeordnete. Ohne eine Besserung der Lage müssten Milchbauern gegen Ende des Jahres „schmerzhafte Entscheidungen“ treffen. Mit einem agrarpolitischen Programm könnten seiner Meinung nach die Folgen der Krise gemildert und beispielsweise Qualifizierungen für neue Produktrichtungen gefördert werden. Agrarminister **Dr. Till Backhaus** äußerte

Verständnis für die Existenzängste der Bauern. Er unterstützte auch den Vorschlag, die beschlossene Erhöhung der EU-Milchquote um fünf Prozent auszusetzen. Er wies aber darauf hin, dass Deutschland bereits 3,7 Milliarden Euro für die Agrarsozialpolitik ausbebe. Zudem erhielten die Bauern in Mecklenburg-Vorpommern in diesem Jahr rund 430 Millionen Euro an Direktzahlungen von der EU. Jeder wisse, dass es zu viel Milch auf dem Markt gebe, sagte Backhaus. Der Minister erinnerte daran, dass noch vor zwei Jahren eine stärkere marktwirtschaftliche Ausrichtung der Landwirtschaft gefordert worden sei. Die Landwirtschaft Mecklenburg-Vorpommerns habe die zweithöchste Arbeitsproduktivität aller Bundesländer. Bislang gebe es noch keine belastbaren Erkenntnisse, dass Höfe verstärkt aufgegeben würden. Gerade die Landwirtschaft in Mecklenburg-Vorpommern werde die Durststrecke überwinden und gestärkt aus der Krise hervorgehen, zeigte sich Backhaus überzeugt. Er sicherte den Bauern weitere Hilfen zur Krisenbewältigung zu. Ein weiteres Sozialprogramm sei jedoch politisch nicht zu vermitteln. „Wie wollen Sie das einer Verkäuferin bei Karstadt in Wismar oder einem Werftarbeiter bei Wadan oder einem Handwerker in Demmin, die alle Zukunftsängste haben, erklären, dass jetzt noch ein Sonderprogramm für die Beschäftigten in der Landwirtschaft aufgelegt werden soll?“, fragte Backhaus in Richtung Linksfraktion.

Die Krise muss nach Ansicht von **Beate Schlupp** (CDU) immer wieder Gegenstand der Debatten sein. Darüber herrsche Einigkeit im Landtag. Aber die Forderungen der Linken seien entweder bereits erfüllt oder nicht erfüllbar. Deshalb werde ih-

re Fraktion dem Antrag nicht zustimmen. Die FDP-Fraktion forderte den Abbau wettbewerbsverzerrender Maßnahmen. Die Abgeordnete **Sigrun Reese** beklagte, dass französische Bauern nur ein Bruchteil der in Deutschland üblichen Steuern auf Agrardiesel zahlen müssten. Die Milchquote habe sich dagegen nicht bewährt. Sie garantiere keine auskömmlichen Preise.

**Ute Schildt** (SPD) erinnerte an einen Besuch des Agrarausschusses kürzlich in Lettland. „Das Land befindet sich in einer Krise, wie ich sie mir für unser Land nicht vorstellen kann“, sagte sie. Aber dass dort viele Partner an einem Strang ziehen, habe sie beeindruckt. „Das sollte auch unser Ziel sein“, forderte sie. Der Linken warf sie vor, so zu tun, als habe die Landesregierung die Krise nicht erkannt. Das sei populistisch. Dabei hätten Bund und Land längst reagiert.

Nach Auffassung des NPD-Abgeordneten **Raimund Borrmann** ist das Wirtschaftssystem ein „asoziales System“. „Die Linke ist im System angekommen“, sagte er. Es komme darauf an, aus diesem System auszubrechen, es zu beseitigen. Oder man werde darin untergehen.

Man müsse auf den Strukturwandel reagieren, sagte Linksfraktionschef **Helmut Holter**. Das Sterben der landwirtschaftlichen Betriebe solle nicht weitergehen. Wer über den Ausstieg aus der Milchproduktion redet, müsse auch wissen, was danach kommt. Die Linke erkenne an, was Land und Bund bereits geleistet haben. „Aber das reicht nicht aus“, betonte er.

Die SPD, die CDU und zwei NPD-Mitglieder lehnten den Antrag ab. Die FDP und die restliche NPD-Fraktion enthielt sich, während DIE LINKE zustimmte.



## M-V und Europa

Berichte über internationale  
Zusammenarbeit diskutiert

■ Der Europabericht und die Jahresberichte zur Zusammenarbeit im Ostseeraum der Landesregierung standen am 17. Juni im Mittelpunkt einer Landtagsdebatte. Artikel 11 in der Landesverfassung verpflichtet Mecklenburg-Vorpommern zu europäischer Integration und insbesondere zur grenzüberschreitenden Zusammenarbeit im Ostseeraum.

Europäische Politik stehe regelmäßig auf der Tagesordnung des Plenums, verwies **Detlef Müller**, Vorsitzender des Europa- und Rechtsausschusses, auf eine Tradition. Die Zusammenarbeit mit den Ostseeländern habe in den 15 Jahren seit Annahme der Verfassung große Fortschritte gemacht. Das Land sei inzwischen gut in die Region integriert und arbeite mit daran, den Ostseeraum noch attraktiver zu gestalten. Die vorhandenen Netzwerke und Kontakte seien zu nutzen. Inhaltliche Positionen des Landtages Mecklenburg-Vorpommern etwa zur maritimen Sicherheit gehen dem SPD-Politiker zufolge auch in die Beschlüsse der Ostseeparlamentarierkonferenz und des Parlamentsforums Südliche Ostsee ein.

**Barbara Borchardt**, europapolitische Sprecherin der LINKEN, sagte den Berich-



Foto: Claudia Richter

ten der Landesregierung zur internationalen Politik volle Unterstützung zu. Künftig solle das Kabinett alle zwei Jahre im Rahmen des Europaberichts sowohl über die Integration des Landes als auch über die Zusammenarbeit im Ostseeraum und die maritime Sicherheit informieren. Wichtig ist nach Ansicht der Politikerin, dass darüber im Parlament intensiv beraten wird. „Da gibt es Reserven“, sagte Borchardt.

**Michael Andrejewski** (NPD) forderte das Land auf, zu nationaler Interessenpolitik zurückzukehren. Einzelne Völkerinteressen würden in einer EU-Ostseeregion keine Rolle mehr spielen. Bei „naiver Europaschwärmerei“ würde das deutsche Volk nur „draufzahlen“.

„Zur internationalen Zusammenarbeit gibt es für Mecklenburg-Vorpommern keine Alternative“, betonte Landtags-Vizepräsidentin **Renate Holznagel** (CDU). Zum Beispiel sei die maritime Sicherheit von lebenswichtigem Interesse für das Bundesland. Hier habe das Land die Einflussmöglichkeiten über die Ostseeparlamentarier-

konferenz und über die HELCOM, eine zwischenstaatliche Kommission für den Meeresschutz im Ostseeraum, genutzt, um das Unfallrisiko vor der eigenen Haustür zu verringern. Die Berichte der Landesregierung seien wichtige Instrumente, um fundierte Forderungen in die Resolutionen der parlamentarischen Zusammenschlüsse im Ostseeraum einzubringen.

Der Landtag nahm die Beschlussempfehlung des Europaausschusses zur weiteren internationalen Zusammenarbeit mit den Stimmen der demokratischen Fraktionen an. Die NPD stimmte dagegen.

*Bericht der Landesregierung zur Zusammenarbeit im Ostseeraum und zur maritimen Sicherheit für den Zeitraum 2006/2007: Ds. 5/572*

*Bericht der Landesregierung zur Zusammenarbeit im Ostseeraum und zur maritimen Sicherheit für den Zeitraum 2007/2008: Ds. 5/1464*

*Europabericht der Landesregierung 2007/2008: Ds. 5/1452*

### EU-Strategie für den Ostseeraum

Am 10. Juni hat die Europäische Kommission in Brüssel ihren Vorschlag für eine EU-Strategie für den Ostseeraum veröffentlicht. Die Strategie umfasst eine Mitteilung und einen Aktionsplan mit 80 Vorzeigeprojekten, die zum Teil bereits angelaufen sind. Sie ist das Ergebnis einer Konsultation, die die Kommission durchgeführt hat.

Der Landtag hat sich – auch über das Parlamentsforum Südliche Ostsee – daran aktiv beteiligt. Insgesamt soll der Ostseeraum mit der Realisierung der Strategie ökologisch nachhaltig,

wohlhabend, zugänglich und attraktiv so wie sicher gemacht werden – vier Ziele, die durch die Europäische Union im Ostseeraum erstmals mit einem großräumigen regionalen Konzept verfolgt werden.

In diesem Zusammenhang fließen deutliche finanzielle Hilfen in die Region: Zwischen 2007 und 2013 werden mehr als 50 Milliarden Euro Investitionshilfen aus EU-Quellen für den Ostseeraum bereitgestellt – 27 Milliarden davon für die Verbesserung der Zugänglichkeit, fast 10 Milliarden Euro für die Umwelt, 6,7 Milli-

arden Euro zur Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit und fast 700 Millionen Euro für Sicherheit und Abwehr von Gefahren.

Ein wichtiges Teilziel ist es, die Attraktivität des Ostseeraumes zu erhalten und zu verstärken – insbesondere durch Tourismus, Bildung und Gesundheit. Hier ist es dem Land gelungen – ein einzigartiger Erfolg für ein deutsches Bundesland – die Federführung im Bereich Tourismus zu bekommen.

# Leibniz- Institut

**Stiftung in Dummerstorf Mitglied  
der Leibniz-Gemeinschaft**

■ Die Stiftung „Forschungsinstitut für die Biologie landwirtschaftlicher Nutztiere“ (FBN) mit Sitz in Dummerstorf soll künftig den Namen des universalen Wissenschaftlers Wilhelm Gottfried Leibniz tragen. Eine entsprechende Gesetzesänderung haben die Abgeordneten auf der Landtags-sitzung am 16. Juni zur federführenden Beratung an den Agrarausschuss und zur Mitberatung an den Bildungsausschuss überwiesen. Der neue Titel des Instituts soll dann lauten „Leibniz-Institut für Nutztierbiologie“.

Die Forschungseinrichtung sei nunmehr Mitglied der renommierten Wilhelm Gottfried Leibniz Gemeinschaft, begründete Landwirtschaftsminister **Dr. Till Backhaus** den Antrag der Landesregierung. Dem Wunsch nach Identifikation mit der Wissenschaftsgemeinschaft seien bereits 31 Institute nachgekommen, die inzwischen das „akademische Markenzeichen Leibniz“ im Namen tragen. Das Kuratorium der Stiftung in Dummerstorf habe die Namensänderung beschlossen, betonte Backhaus. Um diese durchzusetzen, sei eine Gesetzesänderung nötig.

Im Rahmen der Evaluierung der Forschungsinstitute der ehemaligen Akademie der Landwirtschaftswissenschaften der DDR hatte der Wissenschaftsrat zu Beginn der 1990er Jahre empfohlen, aus dem Forschungszentrum für Tierproduktion Dummerstorf ein durch Bund und Land gemeinsam finanziertes Institut der Grundlagenforschung neu zu gründen. Die Beschlussempfehlung des Landwirtschaftsausschusses zu einem entsprechenden Gesetzentwurf der Landesregierung hat der Landtag in seiner 65. Sitzung der 1. Wahlperiode am 9. Dezember 1992 angenommen.

Nachdem der Wissenschaftsrat angesichts der inzwischen erfolgten Entwicklung der Agrarwissenschaften zu der Erkenntnis gelangt war, dass der Stiftungszweck zu eng gefasst ist und dass zukünftig eine

stärkere Orientierung auf eine angewandte Forschung erfolgen sollte, ist das Stiftungsgesetz geändert worden. Ziel des am 10. Dezember 2003 beschlossenen Änderungsgesetzes war es, die praktische Verwertbarkeit der Forschungsergebnisse zu verbessern und die Einwerbung von Drittmitteln zur Finanzierung der Forschungsarbeit unter Wahrung der Gemeinnützigkeit der Stiftung zu erleichtern.

Dass dieser vom Gesetzgeber vorgezeichnete Weg richtig war, davon zeugt der nunmehrige „Aufstieg in die Championsleague der Agrarwissenschaft“, den das FBN mit der Aufnahme in die Wissenschaftsgemeinschaft Gottfried Wilhelm Leibniz geschafft hat.

Die Wissenschaftsgemeinschaft Gottfried Wilhelm Leibniz e.V., kurz „Leibniz-Gemeinschaft“, vereint unter ihrem Dach 86 Einrichtungen, die Forschung betreiben oder wissenschaftliche Infrastruktur bereitstellen. Rund 6.500 Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler arbeiten in den Geistes- und Sozialwissenschaften, den Wirtschafts-, Raumwissenschaften und Lebenswissenschaften ebenso wie in der Mathematik, den Natur- und Ingenieurwissenschaften sowie der Umweltforschung. Insgesamt beschäftigen die Leibniz-Institute mehr als 14.000 Menschen.

[www.fbn-dummerstorf.de](http://www.fbn-dummerstorf.de)  
[www.wgl.de](http://www.wgl.de)

## Sommerpause

Nach der Sondersitzung am 16. Juli trat der Landtag in die parlamentarische Sommerpause ein. Am 7. September setzen die Fachausschüsse ihre Arbeit fort, die nächste reguläre Plenarsitzung findet am Mittwoch, dem 23. September, statt.

Die nächste Ausgabe der Landtags-Nachrichten erscheint am 21. Oktober.

## Frage des Monats

**Warum sind bei der Landtags-sitzung oft viele Abgeordnetenplätze frei?**

Der Eindruck ist wirklich fatal: Eine Rednerin am Pult und im Saal gerade mal jeder zweite Abgeordnetenstuhl besetzt. Schwänzen die Abgeordneten etwa ihre wichtigste Sitzung? Natürlich nicht. An den Plenartagen sind in der Regel alle Abgeordneten im Landtag. Man muss aber wissen, dass der Terminkalender gerade an den Plenartagen oft übertoll ist. Parallel zur Plenarsitzung finden andere wichtige Termine statt: Besprechungen mit Fachleuten aus Ministerien und Verbänden, die bei der Gesetzgebung ein wichtiges Wort mitzureden haben; Gespräche mit Besuchergruppen; kurzfristig einberufene Zusammenkünfte von Fachausschüssen; außerdem muss vielleicht die eigene Rede für das Plenum den letzten Schliff erhalten. Kein Parlamentarier kann sich fünfteilen. Also kann keiner in der Sitzungswoche gleichzeitig alle wesentlichen Termine wahrnehmen.

Wenn der Abgeordnete X aus Y die wichtigsten Termine in seinen Kalender schreibt, dann ist es vernünftig und wichtig, bei der Abstimmung im Plenarsaal zu sein. Die Debatte zuvor kann er getrost den fachkundigen Kolleginnen und Kollegen aus der Fraktion überlassen. Zumal er das Thema mit ihnen in der Fraktions-sitzung bereits diskutiert hat.

Hinzu kommt, dass die Plenarsitzung von morgens bis abends ohne Pause dauert (abgesehen von der Mittagspause, die aber auch manchmal der vollen Tagesordnung geopfert wird.) Eine Kleinigkeit essen, eine Zigarette rauchen, ein wichtiges Telefonat und auch der Gang zur Toilette – dass alles wird bei laufendem Parlamentsbetrieb nebenbei erledigt.

Neun Stühle bleiben übrigens immer frei, obwohl ihre Inhaber im Plenarsaal sind: die Präsidentin bzw. einer ihrer Stellvertreter sowie die beiden Schriftführer sitzen vorn im Präsidium, genauso wie sechs Minister, die gleichzeitig Abgeordnete sind.

# Landtag nimmt Verwaltungsreform erneut in Angriff

*Sondersitzung mit Debatte zum größten Reformvorhaben des Landes*

■ Der Landtag Mecklenburg-Vorpommern hat erneut Anlauf zu einer grundlegenden Verwaltungsreform genommen. Auf der letzten Sitzung vor der parlamentarischen Sommerpause am 16. Juli eröffneten die Abgeordneten die Beratungen zum größten Reformvorhaben der seit 2006 regierenden SPD/CDU-Koalition mit einer Generaldebatte. Regierungsvertreter bezeichneten unter Hinweis auf weiter sinkende Einwohnerzahlen und rückläufige Zuschüsse von Bund und EU die Reform als alternativlos. Die Opposition wies die Vorschläge als unzureichend und konzeptionslos zurück. Die Entwürfe zum Finanzausgleichsgesetz sowie zu den Gesetzen über die Kreisstrukturreform und die Aufgabenverlagerung auf die Kreise wurden mit Koalitionsmehrheit zur weiteren Beratung in die Fachausschüsse überwiesen. Es stimmten auch einzelne Abgeordnete von SPD und CDU gegen die Regierungspläne. Den ersten Reformanlauf hatte das Landesverfassungsgericht im Juli 2007 gestoppt, weil Alternativen nicht ausreichend geprüft worden waren. Zudem sahen die Richter mit den damals geplanten fünf Großkreisen die kommunale Selbstverwaltung gefährdet.

Ministerpräsident **Erwin Sellering** warb nun bei der ersten Lesung nochmals eindringlich um Unterstützung im Landtag für das Mammutvorhaben. Der Solidaripakt, der derzeit dem Land eine Milliarde Euro pro Jahr zusätzlich bringt, laufe 2019 aus. Zudem rechneten Fachleute damit, dass die Bevölkerungszahl in den nächsten zehn Jahren um weitere 200.000 auf dann gut 1,4 Millionen abnimmt. „Wir brauchen Verwaltungsstrukturen, die diesen Veränderungen Rechnung tragen und gute Leistungen für die Bürger garantieren“, betonte Sellering. Land und Kommunen müssten sparsam mit den knappen Mitteln umgehen. „Ich bin überzeugt davon, dass hier ein gutes Reformpaket vorliegt“, sagte der Regierungschef. Im Ergebnis der Reform sollen bis 2011 aus bislang zwölf Landkreisen sechs entstehen. Das Land will zudem staatliche Aufgaben im Umfang von 200 Stellen an die neuen Kreise übertragen. Mit der Neufassung des kommunalen Finanzausgleichs sollen zentrale Orte finanziell gestärkt und Zusammenschlüsse von Kleinstgemeinden mit weniger als 500 Einwohnern forciert werden.

Innenminister **Lorenz Caffier** bezifferte das Sparpotenzial der Kreisreform auf 50 bis 60 Millionen Euro pro Jahr. Darauf könne das Land auch angesichts der aktuell rückläufigen Steuereinnahmen nicht ver-

zichten. Nach seiner Überzeugung hat sich das von der Landesregierung favorisierte 6+2-Modell als das sinnvollste herausgestellt. „Wir haben Alternativen geprüft und sind zu dem Schluss gekommen, die Lösung heißt 6 plus 2“, sprach sich der Minister für sechs Landkreise und die zwei kreisfreien Städte Schwerin und Rostock als Ergebnis der Reform aus. „Die Reform der Kreisstrukturen an sich ist es, die das Ehrenamt stärkt“, sagte er zu den Auswirkungen der Kreisreform auf die Arbeit ehrenamtlicher Kommunalpolitiker.

„Die Gesetzentwürfe sind weder innovativ noch radikal genug, um das Land zu modernisieren und zukunftsfest zu machen“, sagte **Helmut Holter**, Vorsitzender der Fraktion DIE LINKE. Die drei Vorlagen sind seiner Meinung nach keine zusammenhängenden Reformbausteine. „Das ist ein Steinbruch“, betone er. Der Innenminister habe zudem das von der Enquetekommission ausgearbeitete und vom Landtag beschlossene Leitbild für die Reform ignoriert. Funktionale Verflechtungen und eine Verschlingung der Verwaltung spielten keine Rolle. Der großen Koalition fehle der Mut. „Murks, Ausschuss – zurück zum Hersteller“, lautete sein Urteil.

Die Große Koalition habe, nachdem die Verwaltungsreform von Rot-Rot beim Landesverfassungsgericht gescheitert war, in der Enquetekommission wertvolle Vorar-

beiten geleistet, hob CDU-Fraktionschef **Harry Glawe** hervor. Das dort entwickelte Leitbild habe sich der Landtag zu Eigen gemacht. Niemand im Land bezweifle die Notwendigkeit einer umfassenden Verwaltungsreform in Mecklenburg-Vorpommern. Ziel sei es, gleichwertige Lebensbedingungen im Land zu schaffen. Bei der Kreisreform werde es „recht große“ Kreise geben. Dies sei vor allem in Gebieten der Fall, in denen die Bevölkerungsdichte gering und der Anteil von Wasserflächen, wie in der Seenplatte, groß ist.

**Michael Roof**, Vorsitzender der FDP-Fraktion, warnte vor möglichen negativen Folgen: „Die Kommunen werden künftig zu wenig Geld haben, um ihre Dienstleistungen bürgernah erbringen zu können.“ Die Kreisreform ignoriere zudem die Besonderheiten des Landes, in dem die kreisfreien Städte besondere Entwicklungsmotoren seien. Im Gegensatz zu SPD und CDU plädiert die FDP dafür, dass neben Schwerin und Rostock auch Wismar, Stralsund, Greifswald und Neubrandenburg kreisfrei bleiben. Die Argumente dafür würden aber ignoriert, beklagte Roof. „Die Landesregierung hat sich als beratungs- und erkenntnisresistent erwiesen.“ NPD-Fraktionschef **Udo Pastörs** warf SPD und CDU vor, sie würden das Land in der Fläche ausbluten lassen. Der gesamte Raum Nordvorpommern sei zum Armenshaus der Bundesrepublik geworden. Zudem nehme das Land Spitzenpositionen bei der Zahl Alkoholtoter und bei Analfabeten ein. Die Kreisgebietsreform bezeichnete er als letztes „Halali“ und gesetzlich verordneten Aderlass. Nach mehreren Verwarnungen und Ordnungsrufen wurde dem Redner das Wort entzogen.

Für den kommunalpolitischen Sprecher der SPD-Fraktion, **Heinz Müller**, gehören die drei Teile des umfassenden Reformwerkes zur Verwaltungsreform untrennbar zusammen. Neben der Neuordnung der Kreisgebietsstrukturen und einer Aufgabenübertragung von der Landes- auf die kommunale Ebene gehöre auch das Gesetz über die Neuverteilung kommunaler

Finanzen dazu. Die Kleinstgemeinden unter 500 Einwohner im ländlichen Raum dürften nicht vergessen werden. „Aber wir müssen im Interesse der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung des Landes Schwerpunkte setzen.“ Die knappen Finanzmittel müssten auf die wirtschaftlichen Lokomotiven im Land konzentriert werden.

**Gabriele Mestan** (DIE LINKE) äußerte ihre „tiefe Enttäuschung“ über das von der Regierung vorgelegte Reformpaket. Diese vereine die Opposition und auch Abgeordnete der Koalition, die ihre Kritik meist nicht im Landtag äußerten. Sie bemängelte, dass die Landesregierung offenkundig wenig Interesse an den Ratschlägen der Kommunen und Verbände habe. Eine Überweisung der „unfertigen“ Gesetzentwürfe in die Ausschüsse sei „fast unzulässig“.

**Toralf Schnur** (FDP) hielt der Koalition vor: „Mit Ihrer Kreisstrukturreform wird es zukünftig allein in den kreisfreien Städten und den Landkreisen 200 Mandate weniger geben.“ Dies sei eine Missachtung des kommunalen Ehrenamtes. Damit wolle die Regierung Realitäten schaffen, in denen

kommunale Arbeit von der Verwaltung kontrolliert werden soll. Das habe nichts mit gelebter Demokratie zu tun, sagte der Abgeordnete.

**Martina Tegtmeier** (SPD) sieht im Kreisstrukturgesetz eine wichtige Voraussetzung, um die Existenz des Bundeslandes überhaupt zu sichern. „Es ist fünf vor zwölf“, sagte die Parlamentarierin. Das vorliegende Gesetz entspräche dem Leitbild, das der Landtag verabschiedet hat. Sie verwies auf den Bevölkerungsrückgang im ohnehin dünn besiedelten Flächenland, auf sinkende Zuweisungen des Bundes und fehlende Steuereinnahmen. Die Verwaltungsstrukturen müssten den Gegebenheiten angepasst werden.

NPD-Abgeordneter **Michael Andrejewski** sprach von einer „fixen Idee“ des Innenministers von Großkreisen. Dafür spräche nichts. Seine Fraktion lehne es ab, lebendige Städte den Großkreisen zu opfern. Sinnvoller sei vielmehr, den Städten Aufgaben der Landkreise zu übertragen. Die „dämliche Reform“ lehne die NPD ab.

**Birgit Schwebs** (DIE LINKE) befürchtet, dass den Kommunen in absehbarer Zeit

„bereits die nötigen finanziellen Mittel fehlen werden, um die Pflichtaufgaben erfüllen zu können – von den so genannten freiwilligen Aufgaben ganz zu schweigen“. Mit dem vorgelegten Finanzausgleichsgesetz werde das Problem nicht gelöst. „Wir brauchen einen fairen, aufgabengerechten und transparenten Finanzausgleich zwischen Land und Kommunen einerseits und zwischen den Kommunen andererseits“, forderte sie. Der Entwurf sei davon weit entfernt.

Auch die haushaltspolitische Expertin der FDP, **Sigrun Reese**, hält den Entwurf für das Finanzausgleichsgesetz für unzureichend. Er belaste beispielsweise die kreisangehörigen Gemeinden doppelt. „Zusätzlich will das Innenministerium augenscheinlich ab 2010 eine Zwei-Klassengesellschaft auf gemeindlicher Ebene einführen“, sagte sie. So sollen Gemeinden unter 500 Einwohner nicht nur weniger Zuweisungen bekommen, sondern auch weniger Sondermittel. Dies schmecke nach „einer Gemeindegebietsreform durch die Hintertür“. Sie sieht großen Beratungsbedarf. Während ihre Fraktion die beiden an-

## Künftige Struktur der Landkreise und kreisfreien Städte nach dem Gestzentwurf der Landesregierung



deren Gesetzentwürfe ablehne, stimme sie in diesem Fall einer Überweisung in die Ausschüsse zu.

**Vincent Kokert** (CDU) sieht Rostock und Schwerin als Gewinner der Reform. Alle drei Gesetzesvorhaben gehören seiner Auffassung nach zusammen. Er verwies

ebenfalls auf den Einwohnerrückgang, der die Reform nötig mache. „Eines ist klar“, warnte er die Reformgegner, „einen dritten Startversuch für dieses Projekt wird es nicht geben.“ Die Koalition würde sich konstruktiven Vorschlägen nicht verschließen. „Wir sind ergebnisoffen“, betonte er.

## Verwaltungsreform

Das Maßnahmenpaket zur Verwaltungsmodernisierung in Mecklenburg-Vorpommern beinhaltet drei zentrale Bausteine:

- die Reform der Kreisstrukturen
- die Reform der Aufgabenzuordnung
- die Reform des kommunalen Finanzausgleiches

### Kreisstrukturreform

Zum September 2011 sollen aus bislang zwölf sechs neue Landkreise gebildet werden. Die beiden größten Städte des Landes, Rostock und Schwerin, bleiben kreisfrei. Neubrandenburg, Wismar, Stralsund und Greifswald werden dem Plan nach in die neuen Kreise integriert. Über Namen und Sitze der Kreise sollen die Bürger entscheiden. Die Landesregierung erwartet von der neuen Kreisstruktur jährliche Einsparungen von 40 bis 50 Millionen Euro.

*Entwurf Kreisstrukturgesetz Ds. 5/2683*

### Aufgabenzuordnung

Das Land verlagert den Plänen der Landesregierung nach Aufgaben auf die Kommunalebene. Dies umfasst die Bereiche Arbeitsschutz/Technische Sicherheit, Immissionsschutz, Abfallwirtschaft, Naturschutz, Landschaftspflege. Laut Innenministerium werden damit 201 Stellen übertragen. Die Aufgaben des Landesjugendamtes sollen beim kommunalen Sozialverband Mecklenburg-Vorpommern angesiedelt werden. Kritiker fordern, deutlich mehr Aufgaben zu übertragen, und setzen daher auf die bevorstehenden Beratungen im Landtag.

*Entwurf Aufgabenzuordnungsgesetz Ds. 5/2684*

### Kommunaler Finanzausgleich

Die Kommunen erhalten vom Land jährlich Zuweisungen in Höhe von etwa 1,3 Milliarden Euro, die in der Perspektive aber sinken. Die Regierung will deshalb die Mittelvergabe neu gewichten, Orte mit zentralen Aufgaben stärken und Kleinstgemeinden zur Fusion drängen. Von 2012 an erhalten Gemeinden mit weniger als 500 Einwohnern 10 Prozent weniger. Alle Zentren werden im System des Finanzausgleiches gestärkt. Für übergemeindliche Aufgaben soll es 30 Millionen Euro mehr geben. Die meist finanzkräftigen Umlandgemeinden sollen eine Abgabe an kreisfreie Städte zahlen.

Die Höhe der jährlichen Landeszuweisungen an die Kommunen wird weiterhin von der allgemeinen Einnahmentwicklung abhängen, die von den Kommunen geforderte Mindestgarantie gibt es nicht.

*Entwurf Finanzausgleichsgesetz Ds. 5/2685*

### Zeitplan

Das Finanzausgleichsgesetz soll noch in diesem Jahr verabschiedet werden, die Kreisreform voraussichtlich 2010. Zusammen mit dem Landtag sollen im September 2011 auch die neuen Kreistage und Landräte gewählt werden.

Bislang habe es bei der Kreisreform für das „6 plus 2“-Modell die meiste Zustimmung gegeben.

**Stefan Köster** (NPD) sieht in der geplanten Verwaltungsreform einen „schweren Eingriff in die kommunale Selbstverwaltung“. Besonders das Finanzausgleichsgesetz werde große Schäden im ländlichen Raum anrichten. Die einseitige Konzentration von Finanzmitteln auf wenige Standorte sei nicht hinnehmbar. Er kündigte Widerstand gegen die „Austrocknungspolitik“ an.

**Peter Ritter** (DIE LINKE) sieht in den Entwürfen keine Möglichkeit, sich der Stimme zu enthalten. Alle drei seien „ohne Inhalt“ und würden auch nach einer Beratung den „Aufstieg in die Bundesliga“ nicht schaffen. Seine Fraktion lehne deshalb alle drei ab.

**Heinz Müller** (SPD) unterstrich noch einmal die Meinung der Koalition, dass eine Konzentration der Finanzmittel auf Zentren wichtig sei. Er mahnte am Ende der Debatte auch künftig eine sachliche Diskussion zum Thema an. Abweichende Stimmen werde es auch in seiner Fraktion geben, dies gehöre zur Demokratie dazu.

## Immunität aufgehoben

In der Sondersitzung am 16. Juli hat der Landtag die Immunität des NPD-Fraktionsvorsitzenden **Udo Pastörs** aufgehoben. Damit entsprach das Parlament einem entsprechenden Antrag der Staatsanwaltschaft Saarbrücken. Der Rechtsausschuss des Landtages hatte sich in seiner Sitzung am 1. Juli mit diesem Antrag befasst und dem Landtag die Aufhebung der Immunität von Udo Pastörs empfohlen.

Mit der Aufhebung der Immunität als Abgeordneter kann die Staatsanwaltschaft nunmehr die Ermittlungen gegen Udo Pastörs wegen des Verdachts auf Volksverhetzung aufnehmen. Pastörs soll auf einer Aschermittwochsveranstaltung der NPD im Saarland Juden und Türken verunglimpft haben.

# Europa der Regionen

## Einfluss der Landesparlamente stärken

■ Die Einflussmöglichkeiten der Landtage im föderalen Deutschland und in einem Europa der Regionen müssen deutlich verstärkt werden – diese Forderung haben die erste Vizepräsidentin des Landtages Mecklenburg-Vorpommern, Renate Holznagel, und der Vorsitzende des Europa- und Rechtsausschusses, Detlef Müller, am 25. Juni 2009 im Rahmen einer Veranstaltung des Bundesrates in Saarbrücken erhoben.



v.l. Landtagspräsidentin Sylvia Bretschneider, Kirchenrat Martin Scriba mit Gattin Ingelore.

Foto: Cornelius Kettler



Renate Holznagel, 1. Vizepräsidentin des Landtages, und Detlef Müller, Vorsitzender des Europa- und Rechtsausschusses, vertraten den Landtag bei einem Föderalismus-Symposium in Saarbrücken.

Foto: Georg Strätker

Mit einem zweitägigen Föderalismus-Symposium zum Thema „Die Rolle der Regionen im europäischen Einigungsprozess“ feierte der Bundesrat sein 60-jähriges Bestehen am 25. und 26. Juni im Saarland. Neben zahlreichen Politikern und Wissenschaftlern kam dazu die gesamte Staatspitze Deutschlands mit dem Präsidenten der Europäischen Kommission, José Manuel Barroso, zusammen. Zu den ausländischen Fachreferenten gehörten Prof. Dr. Ivan Illés aus Ungarn und Prof. Dr. Michel Bouvier sowie Michel Delebarre aus Frankreich. Für den Landtag nahmen Renate Holznagel, 1. Vizepräsidentin, und Detlef Müller, Vorsitzender des Europa- und Rechtsausschusses, an der Veranstaltung in Saarbrücken teil.

Im Anschluss an des Symposium erklärten die beiden Politiker aus Mecklenburg-Vorpommern: „60 Jahre Bundesrat – das be-

deutet 60 Jahre Eigenstaatlichkeit der Länder, fast 20 Jahre nun schon für Mecklenburg-Vorpommern. Diese Eigenstaatlichkeit auch im Rahmen der Europäischen Union zur eigenverantwortlichen Gestaltung zu nutzen, ist eine besondere Herausforderung, gerade wenn wir uns vor Augen halten, dass bis zu vier Fünfteln unserer gesetzgeberischen Tätigkeit unmittelbar oder mittelbar von europäischen Vorlagen beeinflusst wird.

Wenn wir wirklich ein Europa der Regionen wollen, müssen wir in Deutschland die Parlamente der Bundesländer stärker an den Prozessen und Verfahren beteiligen. Nur wenn Landesparlamente und Landtagsabgeordnete die Möglichkeit erleben, hier konkret etwas bewegen zu können, werden wir Europa besser zu den Menschen bringen können. Und das stärkt auch den Föderalismus in Deutschland. Daher müssen wir auf dem Weg voranschreiten, die Kompetenzen der Landesparlamente weiter zu verstärken. Der mit der Föderalismusreform I eingeschlagene Weg muss konsequent fortgesetzt werden. Weiter verfolgt werden sollte aus unserer Sicht der Vorschlag des Bundesratspräsidenten Peter Müller, in europäischen Grenzregionen die Möglichkeit zu eröffnen, im Rahmen von Experimentierklauseln von europäischen Vorgaben abweichen zu können. Denn damit könnten wir den spezifischen Herausforderungen der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit besser gerecht werden.“

## Amtswechsel

### Kirchenrat Martin Scriba verabschiedet

■ Am 17. Juni wurde Kirchenrat Martin Scriba im Schweriner Schloss als Beauftragter der Mecklenburgischen und der Pommerschen Kirche bei Landtag und Landesregierung verabschiedet.

Der mecklenburgische Landesbischof Dr. Andreas von Maltzahn nahm in der ökumenischen Andacht vor Beginn der Landtagssitzung die Entpflichtung vor. Beim anschließenden Empfang dankte Landtagspräsidentin Sylvia Bretschneider für den Landtag: „Wenn man es genau nimmt, haben Sie sich für die Belange aller Menschen unseres Landes stark gemacht, nicht nur für die der evangelischen Christen“, sagte sie und dankte Scriba am Ende ihrer Rede: „Lassen Sie mich Ihnen nochmals danken für die 10-jährige gute und konstruktive Zusammenarbeit. Ihre ruhige, sachliche, unnachgiebige und immer wieder pastoral geprägte Art werden wir gerne in Erinnerung behalten.“ Martin Scriba übernimmt das Amt des Landespastors für Diakonie in der Evangelisch-Lutherischen Landeskirche Mecklenburgs. Neuer Regierungsbeauftragter der Kirchen ist Pater Markus Wiechert aus Wismar.

# Europäische Strategien in der südlichen Ostsee

**Parlamente von Ostseeanrainern setzen Zusammenarbeit fort**

■ **Verkehr und Energie, maritime Wirtschaft und Sicherheit sowie Tourismus und Kultur – das waren die Schwerpunkthemen, die Vertreter der Regionalparlamente von acht europäischen Regionen des südlichen Ostseeraums vom 5. bis 7 Juli im Schweriner Schloss im Rahmen von Plenarsitzungen und thematischen Workshops mit Experten der Europäischen Kommission sowie aus Wirtschaft, Wissenschaft und Verwaltung diskutierten. Im Ergebnis des 7. Parlamentsforums Südliche Ostsee haben Parlamentarier aus Mecklenburg-Vorpommern, Schleswig-Holstein, Hamburg, Westpommern, Pommern, Ermland-Masuren, Schonen und Kaliningrad eine Resolution verabschiedet, die Forderungen zu europäischen Strategien für die Region formuliert. Insgesamt zählte das Parlamentsforum rund 110 Teilnehmer, darunter auch Jugendvertreter aus den genannten Regionen.**

„Erneut hat sich das Parlamentsforum Südliche Ostsee auf parlamentarischer Ebene frühzeitig in europäische Entscheidungsprozesse eingeklinkt. Damit wird ein Erfolgsmodell grenzüberschreitender regionaler Zusammenarbeit fortgesetzt“, so das Fazit von Landtagspräsidentin Sylvia Bretschneider. Das Parlamentsforum habe sich als erste Konferenz mit der erst am 10. Juni 2009 in Brüssel vorgestellten Ostseestrategie der EU-Kommission befasst. *(Informationen zur Ostseestrategie finden Sie auf Seite 10)*

Sylvia Bretschneider: „Mecklenburg-Vorpommern wird von der Ostseestrategie profitieren. Unser Land hat sich frühzeitig und intensiv in die Erarbeitung der Strategie eingebracht und Akzente gesetzt. Das hat sich ausgezahlt. Mecklenburg-Vorpommern wird als einziges deutsches Bundesland die Federführung in einem der insgesamt 15 Aktionsfelder wahrnehmen – und dies auf einem Gebiet, das uns vital berührt: dem Tourismus.“

In seiner Resolution fordert das Parlamentsforum Südliche Ostsee das Europäische Parlament und den Europäischen Rat auf, im Rahmen der abschließenden Erörterungen und Abstimmungen über die Ostseestrategie dem Aspekt des Interessenausgleichs zwischen den Regionen in besonderem Maße Rechnung zu tragen. Die Strategie soll, so die Forderung der Abgeordneten, unter Beteiligung aller Regionen kontinuierlich weiterentwickelt werden. Insbesondere fordert die Konferenz bei der Umsetzung der Strategie eine parlamentarische Dimension: Bei der Steuerung und Umsetzung der Strategie müssten die gewählten Vertretungskörperschaften in den Regionen eine mitentscheidende Rolle erhalten, weil sie die Menschen der Region repräsentieren. Ihre Beteiligung sichere die breite Diskussion über die Inhalte der Strategie in der Region und bringe sie zu den Menschen. Die Mitglieder des Parlamentsforums Südliche Ostsee unterstützen die Forderung

der EU-Ostseestrategie, die Ostseeregion als Pilotprojekt im Rahmen der Umsetzung der EU-Meeressstrategie-Rahmenrichtlinie vorzusehen. Bei der Reform der gemeinsamen Fischereipolitik halten es die Parlamentarier für erforderlich, ein alternatives Management der Fischbestände zu entwickeln. Bei Einhaltung von Sperrzonen und Beschränkungen in bestimmten Meeresgebieten sollte in anderen Meeresteilen der Verzicht auf Reglementierungen geprüft werden, heißt es in der Resolution.

Weitere wichtige Themen für die Parlamentarier sind die Einführung einer Raumplanung auf See – wegen deren besonderer Bedeutung für die Offshore-Windenergienutzung –, die maritime Sicherheit, der Tourismus sowie die großen Verkehrsachsen von Nord nach Süd bzw. von Ost nach West.

Auf der Grundlage von Ergebnissen seiner Arbeitsgruppe „Ostseestrategie“ hatte sich das Parlamentsforum bereits Ende 2008 in das Konsultationsverfahren der Europäischen Kommission sowie im Rahmen der Rostocker „Stakeholder-Konferenz“ zur Berücksichtigung spezieller regionaler Aspekte des südlichen Ostseeraumes in die Entwicklung der Strategie eingebracht.

Wenn sich das Parlamentsforum im Jahr 2010 in der Region Ermland-Masuren zu seiner 8. Konferenz trifft, sitzen übrigens Hamburger Bürgerschaftsmitglieder erstmals gleichberechtigt mit am Tisch – am 7. Juli wurde die Bürgerschaft der Freien und Hansestadt Hamburg als formelles Mitglied in das Parlamentsforum Südliche Ostsee aufgenommen.

*Die Resolution des Parlamentsforums finden Sie auf der Website des Landtages unter [www.landtag-mv.de](http://www.landtag-mv.de)*



Foto: Uwe Balawski



# Ein Schritt in Richtung Europa

*Jugendliche beim Parlamentsforum dabei*

■ Die Debatten des Parlamentsforums im Plenarsaal verfolgten sie aufmerksam von den Journalistenplätzen, bei den Diskussionen in den Workshops saßen sie gleichberechtigt mit den Abgeordneten am Tisch: 21 junge Leute aus Westpommern, Pommern, Ermland-Masuren, Schleswig-Holstein und Mecklenburg-Vorpommern.



Foto: Uwe Baleski

Landtagspräsidentin Sylvia Bretschneider übergibt den Staffelstab an Edward Adamczyk, stellvertretender Vorsitzender des Sejmik der Woiwodschaft Ermland-Masuren, wo die nächste Konferenz stattfinden wird.



Jugendliche aus fünf Ländern nahmen am Parlamentsforum teil.

Wie schon bei den Vorgängerkonferenzen konnten sie die Themen der grenzüberschreitenden Beratungen kennenlernen und ihre Meinungen und Ideen einbringen. In Schwerin präsentierten sie außerdem die Ergebnisse des EU-Jugendprojekts „A Step towards Democracy“. An diesem eineinhalbjährigen Jugendprojekt beteiligten sich mehr als 300 junge Menschen aus den Regionen der südlichen Ostsee. Hauptziel war es, dass Jugendliche ihr Wissen über die repräsentative Demokratie, Jugendpolitik und soziale Beteiligung erweitern sowie die Entscheidungsprozesse auf regionaler Ebene näher kennen lernen. Im Laufe der Konferenzen, Expertenvorträge, Diskussionen und Workshops erarbeiteten die Teilnehmerinnen und Teilnehmer viele Materialien zur Jugendarbeit im Ostseeraum und stellten sie in einer Dokumentation zusammen. Außerdem entstanden ein Internetforum, eine Webseite und ein Film, den die Jugendvertreter im Rahmen des Parlamentsforums präsentierten.

**Das sagt Karin Baresel, internationale Referentin beim Landesjugendring M-V, zur Beteiligung der Jugendlichen am Parlamentsforum:**

→ **Zur Einbeziehung von Jugendlichen in die Arbeit der Konferenz Südliches Ostseeforum:**

Es war ganz wichtig, dass es für die Jugendlichen nicht beim Beobachter-Status blieb, sondern dass sie kontinuierlich und gleichberechtigt in die Arbeit, insbesondere in den Workshops, einbezogen wurden. Und es war klasse, dass die Jugendvertreter auch beim kulturellen Rahmenprogramm gleich behandelt wurden.

→ **Zur Berichterstattung über das EU-Jugendprojekt „A Step towards Democracy“ vor den Parlamentariern:**

Offiziell wurde das Projekt „Ein Schritt in Richtung Demokratie“ schon Ende Mai abgeschlossen. Projektträger war das Jugendsekretariat der Region Westpommern, der Landesjugendring M-V war ein Hauptpartner bei der Projektrealisierung. Wir sind stolz, dass es gelungen ist, die Ju-

gendlichen nicht nur zu motivieren für ein langfristiges Engagement, sondern ihnen auch die Schwerpunktsetzung zu überlassen. Entstanden sind eine dreisprachige Dokumentation und ein Film über die Jugendpolitik in der Ostseeregion, den wir in Schwerin präsentiert haben. Enttäuscht waren die Jugendlichen darüber, dass die Delegierten keine Fragen zu ihrer Präsentation hatten.

→ **Zu den Hauptforderungen an die Parlamentarier:**

Keine neuen Netzwerke bilden, sondern die bestehenden auf echte Jugendpartizipation überprüfen, sie effizienter machen und für Jugend-NGOs öffnen. Von außen aufgesetzte Projekte lehnen die Jugendlichen kategorisch ab, da engagiert sich langfristig und auch kurzfristig kein Jugendlicher.

Wichtig wäre es, unterschiedliche Fördermodalitäten für finanziell unterstützte Jugendarbeit hinzukriegen. Es kann nicht alles über europäische Töpfe finanziert werden, es gibt so viele Ausschlusskriterien. Das ist der Knackpunkt in der Finanzierung von internationaler Jugendarbeit. Umso mehr freuen wir uns, dass die Region Ermland-Masuren als Gastgeber der nächsten Konferenz ein Nachfolge-Jugendprojekt unterstützen will. Inhaltliche Vorschläge haben die Jugendlichen beim Schweriner Forum unterbreitet.

→ **Zu Anregungen für die nächste Konferenz Südliches Ostseeforum:**

Mehr Zeit für die Diskussion – in den Workshops und im Plenum!



Fotos: Uwe Balewski

## Kompetenz der Älteren nutzen

### 6. Altenparlament tagte im Schweriner Schloss

■ Ein moderner Staat muss nach den Worten von Landtagspräsidentin Sylvia Bretschneider die Kompetenz der älteren Generation nutzen. Beim 6. Altenparlament Mecklenburg-Vorpommerns am 25. Juni im Landtag Mecklenburg-Vorpommern sagte sie, der Staat müsse die aktive Beteiligung aller Altersgruppen an der Bewältigung der sozialen Herausforderungen fördern. „Es ist eine zentrale Frage unserer Kultur, ob unsere älteren Mitbürgerinnen und Mitbürger im Alter ein erfülltes Leben führen können.“ Ältere Menschen, so die Präsidentin des Landtags, forderten deshalb zu Recht Selbstverwirklichung, Integration, Aktivierung und Teilhabe an der gesellschaftlichen Entwicklung.

Die Vermeidung von Altersarmut und Rentenungerechtigkeit war eines der zentralen Themen der Tagung. Die 71 Delegierten appellierten an die Bundestagsabgeordneten Mecklenburg-Vorpommerns und die Fraktionsvorsitzenden im Bundestag, sich für eine schnellstmögliche, stufenweise Angleichung des Rentenwertes Ost/West einzusetzen. Dabei dürfe jedoch die Höherbewertung der Arbeitsentgelte im Osten nicht angetastet werden. Fast 20 Jahre nach der deutschen Einheit liege der aktuelle Rentenwert Ost bei nur rund 88 Prozent des Westniveaus. Die Mehrheit der Menschen in den neuen Bundesländern sehe darin eine Unterbewertung ihrer Lebensleistung. Eine Lösung ist aus Sicht des Altenparlamentes auch deshalb notwendig, weil die gesetzliche Rente für etwa 90 Prozent aller Rentner im Osten die einzige Einkommensquelle ist. Aufgrund der noch immer bestehenden Lohnunterschiede zwischen Ost und West, der höheren Arbeitslosigkeit und überproportional hohen Quote von Hartz-IV-Empfängern würden künftig immer mehr Menschen im Alter über sehr geringe Einkünfte verfügen. Der 20. Jahrestag der deutschen Einheit ist nach Meinung

der Delegierten ein „passendes und geeignetes Ziel“, um die Ungerechtigkeiten zu beseitigen. Bis Ende 2009 soll die Landesregierung einen Armuts- und Reichtumsbericht vorlegen. Sie solle sich auch für die Bereitstellung von Arbeitsplätzen für Ältere einsetzen.

Das Altenparlament fordert zudem den Landtag, die Landesregierung, die kommunalen Spitzenverbände, die Kommunen und Institutionen auf, das Landesprogramm „Älter werden in Mecklenburg-Vorpommern“ und den „Landesaktionsplan zur Gesundheitsförderung und Prävention“ wirksam mit konkreten Maßnahmen zu untersetzen. So sollen beispielsweise die Kommunen präventive Sportaktivitäten anbieten und die hausärztliche Versorgung in ländlichen Gebieten gesichert werden.

Die Delegierten diskutierten auch, wie sich ältere Menschen aktiver in die Gesellschaft einbringen können. Ihre Forderung nach einem so genannten Seniorenmitwirkungsgesetz für das Land ist bereits auf den Weg gebracht. Dem Sozialministerium zufolge soll das Gesetz Ende des Jahres verabschiedet werden. Damit erhält dann der Seniorenbeirat Mecklen-



Landtagspräsidentin Sylvia Bretschneider (2.v.l.) mit dem Präsidium des Altenparlamentes: v.r. Vorsitzender Christian Voß, stellv. Vorsitzende Brigitte Paetow und Erika Drecoll.

burg-Vorpommerns das Recht, der Landesregierung Gesetze und Verordnungen vorzuschlagen.

Der Landtag Mecklenburg-Vorpommern lädt alle zwei Jahre Delegierte der Seniorenbeiräte, Sozial- und Wohlfahrtsverbände, der Seniorenorganisationen der Parteien sowie der Gewerkschaften, der Wirtschaft, der Kirchen und Glaubensgemeinschaften sowie der Bundeswehr zum Altenparlament in das Schweriner Schloss ein.

Die Delegierten beraten in den Arbeitskreisen die vom Organisationskomitee des Altenparlamentes vorbereiteten Leitanträge und geben Empfehlungen ab. Sie werden dann von allen Teilnehmern in einer abschließenden Debatte diskutiert, mitunter verändert und schließlich vom Altenparlament beschlossen. Während des gesamten Tages sind Abgeordnete der demokratischen Fraktionen und Mitarbeiter des Sozialministeriums als sachkundige Berater und interessierte Zuhörer dabei. Die Beschlüsse des Altenparlamentes werden den im Landtag vertretenden Parteien und der Landesregierung zur Stellungnahme vorgelegt.

Beschlüsse und Resolution finden Sie unter [www.landtag-mv.de](http://www.landtag-mv.de)

# Höherer Stellenwert für Familien

**Erster Familienkonvent tagte im Schloss**

■ Der Familienkonvent Mecklenburg-Vorpommers will mit seinen Ideen und Forderungen die Familienpolitik des Landes beeinflussen. Er trat am 29. Juni im Schweriner Schloss erstmals zusammen.

„Wir brauchen ein Umdenken in der Gesellschaft, damit Familienpolitik jenen Stellenwert erhält, den sie verdient. Der Familienkonvent ist dabei ein unkonventioneller Schritt, Betroffene einzubeziehen“, würdigte der Präsident des neu geschaffenen Gremiums, der Güstrower Klinikdirektor Matthias Fischer, die Initiative des Landtags.

Die Abgeordneten hatten im Juli 2008 die Einberufung des Konvents beschlossen. Ihm gehören 36 Eltern sowie 35 Vertreter von Vereinen und Verbänden an. Die Konventteilnehmer forderten kleinere Kita-Gruppen und eine Aufwertung des Erzieherberufes. Zudem schlugen sie vor, Unternehmen, die sich durch familienfreundliche Arbeitszeitregelungen oder besondere Angebote der Kinderbetreuung hervortun, durch ein besonderes Zertifikat kenntlich zu machen. „Viele Ideen sind nicht neu, brauchen aber zur Durch-



Fotos: Rainer Cordes

setzung noch viel Unterstützung“, betonte die Rostocker Kita-Leiterin Jana Bruder. Sozialministerin Manuela Schwesig verwies darauf, dass die Familienpolitik bereits politischer Schwerpunkt der SPD/CDU-Koalition sei. Jeder, der dazu beitragen wolle, Mecklenburg-Vorpommern noch kinderfreundlicher zu machen, sei willkommen. „Der Familienkonvent ist ein wichtiger Baustein für das Kinderland MV. Menschen können im direkten Dialog mit Landespolitikern ihre Wünsche und Sorgen vorbringen. Das ist unmittelbare Demokratie“, erklärte die Ministerin. Sie erhoffe sich wichtige Impulse und sei für Vorschläge und Ideen offen. Doch seien nicht alle Wünsche auch finanzierbar, schränkte die Ministerin ein und warb dafür, Schwerpunkte zu setzen.

Derzeit arbeitet das Sozialministerium an einem neuen Gesetz für die Kinderbetreuung. Wohlfahrtsverbände und Opposition

verlangen die Einstellung zusätzlicher, gut ausgebildeter Erzieher, da die angestrebte individuelle Förderung der Kinder nur in kleineren Gruppen möglich sei. Laut Schwesig weist jedes vierte Kind bei der Einschulung Entwicklungsdefizite auf. Die Linksfraktion sieht einen Grund dafür in der wachsenden sozialen Kluft. Die SPD/CDU-Koalition will trotz drastischer Steuerausfälle den Familien weitere Hilfen gewähren.

Landtagspräsidentin Sylvia Bretschneider betonte anlässlich des Konvents: „Mecklenburg-Vorpommern wird seine Zukunft nur dann aus eigener Kraft gestalten können, wenn Menschen gern hier leben, wenn sie hier bleiben oder gern hierher kommen oder wieder zurückkommen; wenn sie sich mit diesem Land identifizieren und hier ihre Heimat finden. Familienfreundlichkeit ist für unser Land ein wichtiger Schlüssel zum Erfolg.“



36 Eltern sowie 35 Vertreter von Vereinen und Verbänden nahmen am 1. Familienkonvent im Schweriner Schloss teil.

Bunt, informativ, spannend



Niklothalle

# Tag der offenen Tür

im Landtag am 14. Juni



v.l. Matthias Lietz und Egbert Liskow (CDU-Fraktion)



v.l. Thomas Schwarz und Reinhard Dankert (SPD-Fraktion)



Gino Leonhard (FDP-Fraktion)



Helmut Holter (DIE LINKE-Fraktion)

Fotos: Kristina Schade

## Blick hinter die Kulissen

Landtag lud zum Tag des offenen Schlosses ein

■ Im Rahmen des Schlossfestes lud der Landtag am 14. Juni zum Blick hinter die Kulissen des Parlaments ein. Tausende nutzten die Chance, sich über die Arbeit der Abgeordneten zu informieren, normalerweise nicht öffentlich zugängliche Bereiche des „schönsten Parlamentssitzes Deutschlands“ zu besichtigen, interessante Podiumsdiskussionen zu verfolgen und mit den Abgeordneten ins Gespräch zu kommen. „Es war wunderschön – danke!“, lautet das Fazit von Wilma Sieling aus Schwerin, die nicht nur die Angebote des Tages genutzt, sondern sich auch gleich an der Postkartenaktion der LandtagsNachrichten beteiligt hatte.

Wie in den Vorjahren waren der Plenarsaal sowie zahlreiche Sitzungs- und Arbeitsräume der Abgeordneten zugänglich – darunter auch das Ältestenratszimmer und die Bibliothek des Landtages. In Räumen auf der zweiten und dritten Etage erläuterten Abgeordnete sowie Mitarbeiter der Landtagsverwaltung die Arbeit in den Fachausschüssen des Parlamentes. Auch der Bürgerbeauftragte und der Landesbeauftragte für den Datenschutz standen für Gespräche zur Verfügung. Im Plenarsaal diskutieren Abgeordnete aller Fraktionen über die Landesverfassung, den Mauerfall und die BUGA in Schwerin. Die Landtagsfraktionen präsentierten sich im Schlossinnenhof. Im NDR-Landtagsstudio, das sich ebenfalls im Schloss befindet, erläuterten Journalisten ihre Arbeit. Vor dem Hauptportal des Schlosses stellten Initiatoren und

Unterstützer des Bündnisses „WIR. Erfolg braucht Vielfalt“ das Anliegen und Aktionen der Kampagne vor. Das Bündnis will die Zivilgesellschaft stärken und richtet sich gegen extremistische und demokratiefeindliche Aktivitäten. Das vielfältige Programmangebot wurde komplettiert durch die Besichtigung der Schlosskirche und einen Aufstieg in die goldene Kuppel.

Ein weiterer Höhepunkt war die Theateraufführung „Der Kick“ im vollbesetzten Festsaal des Schlosses, präsentiert von dem Generationentheaterprojekt „absolute beginner“ des Mecklenburgischen Staatstheaters Schwerin.



Fotos: Kristina Schade

Bei ihrer Tour durch den Landtag gewannen die Besucherinnen und Besucher ganz nebenbei einen Eindruck von den Herausforderungen, die die Parlamentsarbeit in einem historischen Gebäude wie dem Schweriner Schloss mit sich bringt: sei es die denkmalgerechte Umnutzung historischer Räume, der schmale, lang gestreckte Plenarsaal, die nicht ganz leichte Orientierung im verschachtelten Prunkbau oder das unvermeidliche Treppensteigen. „Das hat auch sein Gutes“, meinte schmunzelnd ein Besucher. „So bleiben unsere Abgeordneten geistig und körperlich fit!“

Berichte über die Podiumsdiskussionen lesen Sie auf den folgenden Seiten.



# Von der Landesverfassung bis zur BUGA

Podiumsdiskussionen am Tag des offenen Schlosses

■ Zum Programm am „Tag des offenen Schlosses“ zählten auch drei Podiumsdiskussionen im Plenarsaal des Landtages. Themen waren 20 Jahre Mauerfall, 60 Jahre Grundgesetz und 15 Jahre Landesverfassung sowie die Bundesgartenschau in Schwerin. Das Besucherinteresse war bei allen drei Gesprächsrunden groß – im Plenarsaal blieb kaum ein Platz frei, als Abgeordnete des Landtages miteinander und mit externen Gesprächspartnern diskutierten.

## Gewinn für Demokratie und Freiheit

Podiumsdiskussion zu Landesverfassung und Grundgesetz

■ 60 Jahre Grundgesetz und 15 Jahre Landesverfassung Mecklenburg-Vorpommern. Für den Landtag sind beide Jubiläen in diesem Jahr Anlass genug, die demokratischen Grundrechte zu würdigen. So widmete sich die erste der drei Podiumsdiskussionen am Tag des offenen Schlosses auch diesen Themen. Die drei Landtags-Vizepräsidenten Renate Holznagel, Hans Kreher und Andreas Bluhm sowie NPD-Fraktionschef Udo Pastörs beteiligten sich an dem Gespräch. Die Landesverfassung war am 15. November 1994 in Kraft getreten. Zuvor hatten rund 60 Prozent der Wähler in einer Volksabstimmung für den Entwurf gestimmt.

Renate Holznagel (CDU) erinnerte sich an die große Euphorie, mit der die Abgeordneten in der ersten Legislaturperiode an diese umfassende Aufgabe gingen. „Wir haben oft bis nach Mitternacht zusammen gegessen und konstruktiv gestritten“, sagte die CDU-Abgeordnete. „Wir hatten viele Ratgeber. Solch eine Atmosphäre wünsche ich mir heute manchmal zurück.“ Grundlage für die Ausarbeitung der Landesverfassung sei damals das Grundgesetz gewesen. Dieses war 1949 ursprünglich nur als Übergangslösung gedacht. Bei der Wiedervereinigung 1990 wurde es zur gesamtdeutschen Verfassung. Einer aktuellen Studie zufolge genießt es bei den Deutschen noch immer hohes Ansehen. Die Landesverfassung sei nach der Wende aus einer demokratischen Mehrheitsentscheidung heraus entstanden, betonte Andreas Bluhm, der für die damalige PDS in der Verfassungskommission saß. Rund drei Jahre sei diskutiert und gestritten worden. Auch außerhalb der parlamentarischen Gremien. So seien unter



v.l. Renate Holznagel, 1. Vizepräsidentin des Landtages; Michael Seidel, Nordkurier; Andreas Bluhm, 2. Vizepräsident des Landtages, bei der Diskussion über Landesverfassung und Grundgesetz.

anderem Rechtsexperten und Bürgerrechtler mit einbezogen worden. Seine Fraktion hatte sich für ein Recht auf Arbeit und auf Wohnung eingesetzt, konnte dies aber nicht durchsetzen. Hans Kreher war damals noch nicht Mitglied des Landtages. Er habe aber innerhalb seiner Partei, der FDP, viel über das Thema diskutiert. Die Abstimmung sei dann für ihn eine sehr bewusste Entscheidung gewesen.

Der NPD-Fraktionsvorsitzende Udo Pastörs bezeichnete die Landesverfassung als modern und zeitgemäß. Es gebe „von Seiten des nationalen Spektrums“ nichts einzuwenden. Aber eine Verfassung sei nur so gut, wie sie in der Praxis ausgelebt werden könne, betonte er. Und da weise die Verfassung sehr große Lücken zwischen Anspruch und Wirklichkeit auf. Im Übrigen habe für ihn die Landesverfassung eine größere Berechtigung als das Grundgesetz, weil das Volk die Möglichkeit hatte, ein Votum abzugeben. Die Entstehung des Grundgesetzes habe „nichts, aber auch gar nichts mit einer Willensbildung des Volkes“ zu tun, sondern sei ähnlich zustande gekommen wie die Verfassung der DDR, so Pastörs.

Die drei Vertreter der demokratischen Fraktionen dagegen halten das Grundgesetz für die Wurzel für Freiheit, Demokratie und sozialen Frieden. „Das ist auch aus der Sicht eines Linken so“, betonte Andreas Bluhm und wies auf die Möglichkeit hin, vor dem Verfassungsgericht zu klagen und so politische Entscheidungen überprüfen zu lassen. „Das kann schmerzlich sein“, sagte er mit Blick auf die von Verfassungsrichtern gekippte Verwaltungsreform. „Aber es ist gut, dass es die Möglichkeit gibt.“ Die Diskussionen anlässlich des 60-jährigen Jubiläums des Grundgesetzes begrüße er sehr. Verfassungsdiskussionen zeigten, dass Demokratie eben „nie fertig“ sei, sondern ein Prozess, an dem sich die Bürger beteiligen müssten. Auch Renate Holznagel sieht in dieser Frage keinen Zwiespalt. Dass sich das Grundgesetz bewährt habe, sehe man schon an der Tatsache, dass es in 60 Jahren gerade einmal rund 50 Änderungen gegeben habe. Hans Kreher rief dazu auf, persönliche Verantwortung zu übernehmen „für das, was in diesem Land passiert“. Das sei die Grundlage für das friedliche Zusammenleben der Menschen.

# Wachsam sein für die Demokratie

## Podiumsgespräch zum Mauerfall

■ **Der Mauerfall ist 20 Jahre her – aber manchmal scheint es, er wäre erst gestern gewesen. Jedenfalls konnten die sechs Teilnehmer der Podiumsdiskussion die Frage, wie sie das Jahr 1989 erlebt haben, auf Anhieb beantworten. So gut ist ihnen die einprägsame Zeit im Gedächtnis haften geblieben.**

Dr. Harald Ringstorff, SPD-Mitglied und bis 2008 zehn Jahre lang Ministerpräsident von Mecklenburg-Vorpommern, zum Beispiel war seinerzeit in der Wirtschaft tätig. Dass es Engpässe in allen Bereichen gab, sei hinlänglich bekannt gewesen. „Das Neue aber war, dass plötzlich darüber geredet wurde“, erinnert sich der 69-Jährige. Seit den offenkundigen Fälschungen bei den Kommunalwahlen vom Frühjahr 1989 in der DDR seien viele Dinge einfach nicht mehr hinnehmbar gewesen. Im Zuge der friedlichen Revolution hatte auch der promovierte Chemiker begonnen, sich politisch zu engagieren. Dr. Ringstorff gehörte in Rostock zu den Gründern der DDR-Sozialdemokratie.

Peter Ritter dagegen war im Juni 1989 ein junger Politoffizier bei der NVA. Die Wende erlebte er als Zeit eines tiefen Umbruchs, in der er zunächst seine politische Heimat und dann auch noch seinen Beruf verlor. Und in der er als 30-Jähriger für 40 Jahre DDR verantwortlich gemacht worden sei, erinnert er sich. Eine Zeit, die zum Überlegen, viele zum Umdenken zwang. Eine spannende Zeit war das, meint der heutige Landesvorsitzende der Linken und innenpolitischer Sprecher seiner Fraktion im Landtag.

Hans Kreher, Vizepräsident im Parlament und kulturpolitischer Sprecher der FDP-Fraktion, erinnert sich an die Unruhe, die seit dem Frühjahr 1989 in der DDR herrschte. Die Kommunalwahlen, das Massaker auf dem Platz des Himmlischen Friedens in China, die Flüchtenden, die über Ungarn in Scharen die DDR verließen

„Es war eine kribbelige Situation“, hat der damalige Lehrer noch im Gedächtnis. Ebenso die wackligen Knie, mit der er sich beim Neuen Forum meldete. Schließlich konnte man nie sicher sein, wie die Staatssicherheit reagiert.

Raimund Borrmann von der NPD hatte eigenen Angaben nach schon ganz früh gemerkt, dass es Ungereimtheiten in der DDR gegeben habe. Er habe sich mit Philosophie beschäftigt und Marxismus-Leninismus studiert. Die Wende habe er dann in einem sächsischen Barockschloss erlebt, einer Forschungs- und Gedenkstätte für den Philosophen Johann Gottlieb Fichte. Nach der Wende habe er sich für die Rettung von Kulturgütern eingesetzt, im Kreistag Bischofswerda gearbeitet und gemerkt, dass die „gängigen Parteien“ nichts für ihn seien.

Heiko Lietz, einst Pastor in Güstrow, ging mit seinem Engagement für die unabhängige Friedensbewegung zu DDR-Zeiten ein hohes persönliches Risiko ein. Die friedliche Revolution, also Veränderung innerhalb der DDR, sei für ihn und seine Freunde schon Mitte der 1980er Jahre Thema gewesen, sagte der Bürgerrechtler. So nahm ihn die Staatssicherheit früh ins Visier.

Für Matthias Lietz (CDU) schließlich waren auch die Ereignisse um die Kommunalwahlen vom Mai 1989 prägend. Er könne sich an Absprachen mit Gleichgesinnten erinnern, alle Namen auf den Wahllisten durchzustrichen, und daran, dass die Wahlbüros trotzdem fast 100-Prozent Ja-Stimmen meldeten. In der DDR sei er nie Mitglied einer Partei gewesen, habe sich aber unter dem Dach der Kirche engagiert. Nach der Wende war er zunächst parteiloser Bürgermeister und sei dann doch den Christdemokraten beigetreten. Einer Partei, mit der er seine politischen Ziele am besten durchsetzen könne.

Sein Namensvetter Heiko Lietz hat andere Erfahrungen gemacht: Er war Mitglied der Bündnisgrünen und als Spitzenkandidat für diese Partei zu den Landtagswahlen 1994 angetreten. Drei Jahre später habe er die Mitgliedschaft aufgegeben und sich seitdem außerparlamentarisch für Menschenrechte eingesetzt. Er rief alle Demokraten dazu auf, wachsam zu sein. Vor zwanzig Jahren habe er für die friedliche Revolution gekämpft – nicht, um vielleicht in eine noch schlimmere Diktatur hineinzustolpern, als es sie damals gegeben habe, sagte er mit Blick auf die rechtsextreme NPD. Mit den Gesprächspartnern von SPD, CDU, FDP und Linken sei er sich einig – die Demokratie, als wohl wichtigste Errungenschaft des Mauerfalls, ist keine Selbstverständlichkeit. Sie müsse täglich geschützt werden.

Foto: Kristina Schade



Bunt, informativ, spannend



## Sieben Gärten mittendrin

Podiumsgespräch zur BUGA

■ Die Blumenfreunde strömen zur Bundesgartenschau in Schwerin. 540.000 waren es bis Mitte Juni. Damit wurden die Erwartungen der Veranstalter übertroffen, die bis dahin eigentlich „nur“ mit einer halben Million Gäste gerechnet hatten. Wenn am 11. Oktober die Schau ihre Pforten schließt, sollen es 1,8 Millionen Besucher sein, damit sich die BUGA auch rechnet. Auf der anderen Seite steht die Kritik der Umweltschützer: zu gravierende Eingriffe in die Natur, zu teuer. Die vorherrschende Meinung im Podiumsgespräch am 14. Juni zum Thema Bundesgartenschau war dagegen: Die BUGA ist gut für Schwerin, gut fürs Land.

Dr. Gottfried Timm (SPD), Dr. Armin Jäger (CDU), Helmut Holter (DIE LINKE), Hans Kreher (FDP), Raimund Borrmann (NPD) und BUGA-Geschäftsführer Jochen Sandner diskutierten im Plenarsaal zum Tag des offenen Schlosses über Sinn und Nutzen der Bundesgartenschau. Die sieben Gärten, alle auf 55 Hektar rund um das Schloss platziert, sind schnell erreichbar. Für Investitionen und Durchführung der Schau sieht das Budget nach Angaben der Veranstalter rund 74,5 Millionen Euro vor, etwa 19 Millionen Euro davon Eintrittsgelder der Besucher, der Rest kommt von Stadt und Land.

Das Geld sei „auf jeden Fall“ gut angelegt, betonte Dr. Gottfried Timm. Die BUGA habe die Landeshauptstadt ein ganzes Stück in der Stadtentwicklung vorangebracht. „Das war eine Investition in die Zukunft.“ Schwerin werde dauerhaft davon profitieren.

Dr. Armin Jäger sieht das ähnlich. Die rund 30 Millionen Euro aus dem Stadtsäckel kommen Schwerin zugute. Und die Schweriner nehmen seiner Überzeugung nach teil an der BUGA, nehmen sie an.

Helmut Holter sieht positiv, dass nicht nur in das Gartengelände selbst, sondern auch in die Verkehrsinfrastruktur investiert wurde.

Die BUGA strahlt nach Ansicht von Hans Kreher auch auf die Umgebung aus, in die Touristen ebenfalls gelockt werden. „Und Schwerin merkt man endlich an, dass die Stadt am Wasser liegt“, sagte er.

Raimund Borrmann sprach davon, dass er innerlich gespalten sei. Einerseits finde er es wichtig, Kulturgüter wie Park und Schloss zu erhalten, andererseits frage er sich, welche Zukunft das Land hat. Da würden Bahnhöfe und andere Gebäude verfallen, das Land veröden, sagte er.

Städte und Dörfer hätten in den letzten Jahren eine gute Entwicklung genommen, widersprach Helmut Holter. „Das Land entwickelt sich und hat eine Zukunft“, betonte er. Zudem würden auch Händler sowie Gastronomen und Hoteliers von dem Besucherstrom profitieren, hob Jochen Sandner hervor. Es wird seiner Ansicht nach auch über den Oktober hinaus etwas Positives bleiben, was an die BUGA erinnert. „Der Schlossgarten beispielsweise ist authentisch rekonstruiert. Er muss künftig vor Vandalismus geschützt werden“, sagte er. Damit sei nicht gemeint, dass man Ein-

trittsgeld fordert. „Aber man muss dafür sorgen, dass er erhalten bleibt“, sagte der Geschäftsführer. Eventuell müsse nachts der Zugang verschlossen werden, sagte Armin Jäger. Die Pontonbrücke gehöre der BUGA. Ob sie erhalten bleiben kann, wird laut Sandner jetzt geprüft. Die schwimmende Wiese sei Eigentum der Stadt. Sie werde eher als „rustikale Erholungsfläche“ erhalten. Bei alledem müsse man den Pflegeaufwand und die Folgekosten bedenken, mahnte Hans Kreher. Auf Nachnutzungskonzepte, zum Beispiel für den Bau von Wohnungen auf einem Teil des Areals, verwies Helmut Holter. Die Schweriner werden sich über die BUGA hinaus mit ihrer Stadt identifizieren und die „wunderbare Atmosphäre“ erhalten, hofft Gottfried Timm. Letztendlich, da ist sich Jochen Sandner sicher, werden die Verschönerungsarbeiten auch bei der Bewerbung für das Schloss um Anerkennung als Weltkulturerbe nützlich sein. Das wiederum nutze der Stadt und dem ganzen Land.

### Ende gut – alles gut

Auch der Bürgerbeauftragte des Landes stellte beim Tag der offenen Tür des Landtages seine Arbeit vor. Bei dieser Gelegenheit traf Bernd Schubert auch „alte Bekannte“ wieder. Cindy Moltmann und Ralf Sprenger waren extra gekommen, um sich zu bedanken. Die beiden hatten für ihre Tochter den Namen Sina ausgesucht. Der zuständige Standesbeamte lehnte jedoch die Eintragung dieses Vornamens ab mit der Begründung, er lasse das Geschlecht des Kindes nicht eindeutig erkennen. Bernd Schubert klärte mit der zuständigen Verwaltung, dass das Bundesverfassungsgericht im Dezember 2008 die geschlechtsspezifische Beschränkung bei der Vornamensvergabe aufgehoben hatte. Daraufhin wurde zur großen Freude der Eltern der alleinige Vorname Sina vom Standesamt beurkundet. Während sich Bernd Schubert mit den Eltern freute, verschlief die kleine Sina die freudige Begegnung.



Foto: Cornelius Kettler

Bunt, informativ, spannend



# WIR. Erfolg braucht Vielfalt

„Landtag vor Ort“ in Anklam beim Tag der Vereine

■ Nach der Premiere im Vorjahr beteiligte sich der Landtag am 27. Juni 2009 zum zweiten Mal am „Tag der Vereine“ in Anklam. Auf dem Platz am Bollwerk standen die erste Vizepräsidentin des Landtages, Renate Holznagel, weitere Abgeordneten und Mitarbeiter der Landtagsverwaltung für Gespräche zur Verfügung. Auch der Bürgerbeauftragte des Landes, Bernd Schubert, war wieder dabei. Das Engagement des Landtages ist Teil der diesjährigen Aktionen des landesweiten Bündnisses „WIR. Erfolg braucht Vielfalt“.



Fotos: Claudia Richter und Simon Praetorius



Reinhard Dankert (SPD) im Gespräch mit Jugendlichen

„Das Bündnis WIR. Erfolg braucht Vielfalt will verstärken und deshalb vor allem als Plattform dienen“, sagte Landtags-Vizepräsidentin Renate Holznagel zur Eröffnung. „Wir wollen gemeinsam sichtbar machen: Viele verschiedene Menschen, denen Mecklenburg-Vorpommern am Herzen liegt, stehen an der Seite derjenigen, die sich für die Werte unserer Gesellschaft einsetzen“, betonte sie.

In mehreren Zelten bot der Landtag Informationen zur Funktions- und Arbeitsweise des Landesparlaments. Bei einem Quiz konnten Interessierte ihr Wissen testen und haben die Chance, neben vielen kleineren Preisen, einen Besuch im Schweriner Schloss zu gewinnen. Wer beim Ideenwettbewerb „WIR. Erfolg braucht Vielfalt“ mitmachte und den Satz „Erfolg braucht Vielfalt, weil...“ vervollständigte, kann ebenfalls attraktive Preise gewinnen, unter anderem Eintrittskarten für die Bundesgartenschau oder für die Schloss-Festspiele in Schwerin. An der Bodenzeitung sahen sich die Besucher vor die Entscheidung gestellt, Gelder aus dem Konjunkturpaket entweder für die örtliche Kita oder aber für das Krankenhaus einzusetzen. Beides wichtig, fanden viele und plädierten dafür, die Entscheidung reiflich zu

überlegen und sich dazu auch mit Fachleuten zu beraten.

Großer Andrang herrschte am Demokratie-Glücksrad, beim Luftballon-Wettbewerb sowie in der Kinderecke, wo Mitarbeiterinnen des Landtages den Kleinen phantasievolle Motive auf die strahlenden Gesichter zauberten.

Der Landtag wird im Rahmen des Bündnisses „WIR. Erfolg braucht Vielfalt“ in weiteren Städten und Gemeinden des Landes Station machen – unter anderem am 10. Juli in Löcknitz und am 12. September in Lübtheen.

„WIR. Erfolg braucht Vielfalt“ ist ein landesweites Bündnis für Demokratie, Toleranz und Vielfalt. Das vom DGB, den Unternehmerverbänden, den Kirchen sowie der Präsidentin des Landtages initiierte Bündnis wirbt für bürgerliches Engagement. Es richtet sich gegen extremistische und demokratiefeindliche Aktivitäten.

Nähere Informationen zum Bündnis sind erhältlich über die Geschäftsstelle

„WIR. Erfolg braucht Vielfalt“,  
Tel. 0385 / 55 57 09 14  
und auch im Internet unter  
[www.wir-erfolg-braucht-vielfalt.de](http://www.wir-erfolg-braucht-vielfalt.de)

## Landtag vor Ort 2009

- 19.03. Diskussionsveranstaltung in Ueckermünde
- 16.04. Parlamentsspiel in der Regionalen Schule Burg Stargard
- 20.04. Diskussionsrunde in der Regionalen Schule Sassnitz
- 09.05. Festival der Demokratie in Wismar
- 14.06. Tag des offenen Schlosses in Schwerin
- 27.06. Tag der Vereine in Anklam
- 29.06. Dokumentarfilm „Kategorie C“ mit anschließender Diskussion im Tiko Zigalpa in Wismar
- 10.07. Präventionstag der Schulen in Löcknitz
- 12.09. Lindenfest in Lübtheen
- 30.09. Aktionstag Neustrelitz

# Gutes Fundament für das Haus M-V

**Landesverfassung vor 15 Jahren mit einem Volksentscheid angenommen**

■ „Unsere Verfassung ist ein gutes Fundament für das Haus Mecklenburg-Vorpommern“, sagte Landtagspräsidentin Sylvia Bretschneider 2004 anlässlich des zehnjährigen Jahrestages seit Inkrafttreten der Landesverfassung. Inzwischen sind weitere fünf Jahre vergangen – Anlass für die LandtagsNachrichten, an die Entstehung und Bedeutung der Landesverfassung zu erinnern.

Einer Verfassung für das neu gebildete Land Mecklenburg-Vorpommern war eines der wichtigsten Vorhaben nach den ersten freien Wahlen 1990. Bereits im November 1990 setzte der Landtag eine 18-köpfige „Kommission für die Erarbeitung der Landesverfassung“ ein. Mitglieder der Verfassungskommission waren nicht nur Abgeordnete des Landtags, sondern auch vier von den Fraktionen benannte Sachverständige sowie ein Mitglied der Partei Die GRÜNEN, ein Mitglied der Bürgerbewegung, ein Mitglied der Arbeitsgruppe „Vorläufige Verfassung“ der „Runden Tische“ der Bezirke Rostock, Schwerin und Neubrandenburg und ein Mitglied des Regionalausschusses. Den Kommissionsvorsitz hatte der damalige Präsident des Landtages Rainer Prachtl.

Nach knapp zweieinhalbjähriger Arbeit legte die Kommission dem Landtag einen Verfassungsentwurf vor. Die vorangestellte Präambel macht deutlich, dass die Verfassung an die Werte und Zielvorstellungen der friedlichen Revolution von 1989 anknüpft. Bewusst hat sich die Kommission dafür entschieden, sich nicht nur auf ein Organisationsstatut zu beschränken, sondern hat eine Vollverfassung entworfen. Ausdrücklich bekennt sich diese zu den Grundrechten der Würde und Freiheit des Menschen als Rechten, die ihm von Natur aus zustehen und die der Staat deshalb zu schützen hat. Sie schreibt Staatsziele fest, die den Verfassungsorganen – also dem Gesetzgeber, der Exekutive und der Rechtsprechung – als verbindliche Richtlinien dienen. Als direktdemokratische Elemente sind Volksinitiative, Volksbegehren und Volksentscheid in der Landesverfassung verankert.

Am 14. Mai 1993 wurde nach einer landesweiten öffentlichen Diskussion die Verfassung in namentlicher Abstimmung

mit der erforderlichen Zweidrittelmehrheit vom Landtag beschlossen und trat am 23. Mai 1993 vorläufig in Kraft. Am 12. Juni 1994 stimmten die Bürgerinnen und Bürger in einem Volksentscheid über die Annahme der Verfassung ab.

60,1 Prozent der Wählerinnen und Wähler votierten für die Verfassung. Mit der Konstituierung des Landtages in der zweiten Wahlperiode trat sie am 15. November 1994 endgültig in Kraft.

Die Verfassung vom 23. Mai 1993 ist nicht die erste demokratische Verfassung in Mecklenburg-Vorpommern. 1919 und 1920 gaben sich die beiden mecklenburgischen Freistaaten eine Verfassung, für Pommern galt ab 1920 die preußische Verfassung. 1947 beschloss der damalige Landtag eine Verfassung für Mecklenburg-Vorpommern. Entgegen dem Wunsch von sowjetischer Besatzungsmacht und SED enthielt sie neben Staatsorganisationsvorschriften auch Grundrechte. Ihre Aufnahme konnten CDU und LDP durchsetzen, mussten aber dafür in Kauf nehmen, dass bereits deutliche Ansätze für eine sozialistische und zentralistische Entwicklung fixiert wurden. Diese Verfassung galt bis zur Auflösung des Landes Mecklenburg-Vorpommern am 25. Juli 1952.

**Sie möchten gern ein Exemplar der Landesverfassung besitzen?**

Dann schreiben Sie an den

Landtag Mecklenburg-Vorpommern,  
Referat Öffentlichkeitsarbeit,  
Lennéstraße 1,  
19053 Schwerin

e-mail:

oeffentlichkeitsarbeit@landtag-mv.de  
Tel. 0385 / 525-2113

## Änderungen der Landesverfassung seit Inkrafttreten 1994

**4. April 2000**

**Artikel 72**

(Kommunale Selbstverwaltung)

Eingefügt wurde der Passus, dass für Mehrkosten, die den Gemeinden und Kreisen durch die Übertragung von öffentlichen Aufgaben durch das Land entstehen, ein entsprechender finanzieller Ausgleich zu schaffen ist („striktes Konnexitätsprinzip“).

**14. Juli 2006**

**Artikel 12** (Umweltschutz)

– Aufnahme des Tierschutzes

**Artikel 14** (Schutz der Kinder und Jugendlichen) – Ergänzung des Absatz 1 durch die Festlegung, dass Kinder und Jugendliche durch staatliche und kommunale Maßnahmen und Einrichtungen gegen Ausbeutung sowie gegen sittliche, geistige und körperliche Verwahrlosung und gegen Misshandlung zu schützen sind. In einem neuen Absatz 4 werden Land, Gemeinden und Kreise verpflichtet, die Teilhabe von Kindern und Jugendlichen an der Gesellschaft zu fördern.

**Artikel 17** (Arbeit, Wirtschaft und Soziales) – der besondere Schutz von alten Menschen und behinderten Menschen wurde herausgelöst und als besonderer Artikel 17a neu eingefügt.

**Artikel 27** – die Wahlperiode des Landtages wurde von vier auf fünf Jahre geändert.

**Artikel 52** (Landesverfassungsgericht) – Absatz 4 wurde modifiziert.

**Artikel 60** – Das Quorum für ein Volksbegehren wurde von 140.000 auf 120.000 Wahlberechtigte gesenkt.

**3. Dezember 2007**

**Artikel 18a** (Friedenverpflichtung, Gewaltfreiheit) wurde neu eingefügt. Handlungen, die geeignet sind und in der Absicht vorgenommen werden, das friedliche Zusammenleben der Völker oder der Bürger Mecklenburg-Vorpommerns zu stören und insbesondere darauf gerichtet sind, rassistisches oder anderes extremistisches Gedankengut zu verbreiten, sind verfassungswidrig. (Das war gleichzeitig die erste Änderung der Verfassung auf der Grundlage einer Volksinitiative.)

# „Wir können sehr zufrieden sein, dass wir diese Verfassung haben“

**Interview mit Rainer Prachtl, Präsident des Landtages von 1990 bis 1998 und  
Vorsitzender der Verfassungskommission des Landtages**

■ **Herr Prachtl, Sie waren Vorsitzender der Verfassungskommission des Landtages Mecklenburg-Vorpommern. Inzwischen ist es 15 Jahre her, dass die Verfassung von den Bürgerinnen und Bürgern des Landes in einer Volksabstimmung angenommen worden ist. Wenn Sie zurückschauen: hat sich die Verfassung bewährt?**

Ja, unsere Verfassung hat sich bewährt. Sie ist seit nunmehr 15 Jahren – durch das Volk legitimiert – unser rechtliches Fundament für ein Leben in Freiheit und Demokratie. Auf ihr beruht unser rechtliches Handeln. Sie hat zur Identitätsstiftung des Landes beigetragen. Uns ist eine in der Tradition der deutschen Länder stehende moderne und zukunftsweisende Verfassung für unser Land gelungen, denn wir waren bereit, aus der Vergangenheit zu lernen, die Forderung der Stunde zu begreifen und die Entscheidungen von morgen vorzubereiten. Dies wird im Übrigen über unsere Landesgrenzen hinaus gewürdigt. So ist unsere Verfassung deutschlandweit anerkannt und wurde auch darüber hinaus, etwa in Südafrika, als beispielgebendes Vorbild herangezogen. Wir können also sehr zufrieden sein, dass wir diese Verfassung haben.

**Inzwischen hat es mehrere Änderungen der Verfassung gegeben. Heißt das, dass damals nicht an alles gedacht wurde?**

Gerade die Tatsache, dass unsere Verfassung bisher nur dreimal geändert worden ist, ist ein weiteres Zeichen dafür, dass sie sich bewährt hat. Verfassungsgebung ist immer ein dynamischer Prozess. Die verfassungsrechtlichen Grundlagen werden nicht nur durch Änderungen der Verfassung, sondern auch durch die Verfassungsrechtsprechung weiterentwickelt. Insoweit bin ich auch froh, dass wir ein eigenes Landesverfassungsgericht in der Verfassung geregelt haben.



Foto: Jens Bürtner

*Im Artikel 16 der Landesverfassung sind Schutz und Pflege der niederdeutschen Sprache festgeschrieben. Stolz präsentiert der damalige Landtagspräsident Rainer Prachtl im Juli 1994 die Verfassung von Mecklenburg-Vorpommern „up platt“.*

**Gibt es einen Artikel in der Verfassung, der Ihnen selbst besonders wichtig ist?**

Es gab drei Dinge, die uns bei der Erarbeitung der Verfassung besonders wichtig waren.

Erstens: aus unserer Geschichte zu lernen und nie wieder eine Diktatur, ein Unrechtssystem zuzulassen. Deshalb ist Artikel 3 mit den grundlegenden Regelungen über die Staatsform besonders wichtig, der die Demokratie als das bestimmende Prinzip unseres Zusammenlebens fest schreibt. Besonders wichtig waren uns auch die Grundrechte, wobei wir klar strukturiert und differenziert haben zwischen Grundrechten einerseits und Staatszielen andererseits.

Zweitens: es ging uns ganz wesentlich um die Identität unseres Landes Mecklenburg-Vorpommern im Staatsgefüge der Bundesrepublik Deutschland. Deswegen haben wir in der Verfassung die Landesfarben erwähnt, den Schutz der Alleen, die Förderung der Niederdeutschen Sprache und das Schloss Schwerin wegen seines besonderen Symbolwertes als Sitz des Souveräns festgeschrieben. Die Staatsziel-

bestimmung über den Umweltschutz in Artikel 12 ist eine Reminiszenz an die Schönheit unseres Landes. Dazu gehört aber auch, dass wir unseren Platz im Gesamtgefüge näher definiert und geregelt haben, dass das Land Mecklenburg-Vorpommern im Rahmen seiner Zuständigkeiten darauf hinwirkt, die europäische Integration zu verwirklichen und die grenzüberschreitende Zusammenarbeit, insbesondere im Ostseeraum, zu fördern. Und das Dritte: wir wollten ein starkes Parlament. Deswegen räumt unsere Verfassung dem Parlament eine starke Position gegenüber der Landesregierung ein. Bei allem war uns die unmittelbare Einflussnahme der Bürger, d.h. derjenigen, die nicht Mitglied im Landtag sind, auf den Prozess der politischen Willensbildung wichtig. Deswegen haben wir Volksinitiativen, Volksbegehren und Volksentscheide in der Verfassung geregelt.

Mir selbst ist besonders wichtig, dass die Verfassung ein grundlegendes Fundament für die Heimatverbundenheit der Bürgerinnen und Bürger und für die Identität unseres Landes Mecklenburg-Vorpommern darstellt.

# Schweriner Schlossfest

12. bis 14. Juni 2009

(Adressfeld für Abonnenten)



Fotos: Kristina Schade

